Nr. 233. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 24. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Ossowiec in deutschem Besitz.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 23. August 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heute früh erschien eine feindliche Flotte von etwa 40 Schiffen vor Zeebrügge, die, nachdem sie von unserer Küstenartillerie beschossen wurde, in nordwestlicher Richtung wieder abdampfte.

In den Vogesen sind nördlich von Münster neue Kämpfe in der Linie Lingekopf—Schratzmännle—Barrenkopf im Gange. Starke französische Angriffe führten gestern abend teilweise bis in unsere Stellungen. Gegenangriffe warfen den Feind am Lingekopf wieder zurück; am Schratzmännle und Barrenkopf dauerten heftige Nahkämpfe um einzelne Grabenstücke die ganze Nacht an. Etwa 30 Alpenjäger wurden gefangen genommen.

Bei Wavrin (südwestlich von Lille) wurde ein englisches Flugzeug heruntergeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die Truppen des Generalobersten v. Eichhorn sind östlich und südlich von Kowno im weiteren Vorschreiten.

Am Bobr besetzten wir die von den Russen geräumte Festung Ossowiec.

Nördlich und südlich von Tykocin fanden erfolgreiche Gefechte statt. Tykocin wurde genommen. Es fielen dabei 1200 Gefangene (darunter 11 Offiziere) und 7 Maschinengewehre in unsere Hand.

Nördlich von Bielsk mißlangen verzweifelte russische Gegenstöße unter sehr erheblichen Verlusten für den Gegner, südlich dieser Stadt ging es vorwärts.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Heeresgruppe hat unter hartnäckigen Kämpfen die Linie Kleszczele—Razna überschritten und ist im weiteren günstigen Angriffe. Es wurden 3050 Gefangene gemacht und 16 Maschinengewehre erbeutet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der Uebergang über den Pulwa-Abschnitt ist auf der Front zwischen Razna und der Mündung nach heftigem Widerstand erzwungen; der Angriff über den Bug oberhalb des Pulwa-Abschnittes macht Fortschritte.

Vor Brest-Litowsk ist die Lage unverändert.

Beiderseits des Switjaz-Sees und bei Piszcza (östlich von Wlodawa) wurde der Feind gestern geschlagen und nach Nordosten zurückgetrieben.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. August. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 23. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Oestlich der unteren Pulwa und der von Riasno nach Nord führenden Eisenbahn ist ein Kampf von großer Heftigkeit im Gange. Der Feind verteidigt jede Fußbreite Boden aufs zäheste, wurde aber entlang der ganzen Front an vielen Punkten geworfen, wobei zahlreiche Gefangene in unsere Hand fielen. Besonders heiß kämpften unsere bewährten siebenbürgischen Regimenter bei den nördlich Riasno gelegenen Dörfern Gola und Suchodol. Das Infanterie-Regiment Nr. 64 nahm bei der Erstürmung einer von russischen Grenadieren verteidigten Schanze die aus sieben Offizieren und neunhundert Mann bestehende Besatzung gefangen und erbeutete sieben Maschinengewehre.

Vor Brest-Litowsk nichts Neues. Oestlich Wlodawa drangen deutsche Truppen über die Seenzone hinaus. Im Raume von Wladimir—Wolynskij schoben wir unsere Sicherungen bis gegen Turzysk und in die Gegend östlich Luboml vor. Die Russen wurden zurückgetrieben. In Ostgalizien herrscht Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auch gestern schlugen unsere Truppen mehrere Angriffe der Italiener gegen die Hochfläche von Doberdo ab. Stellenweise kam es wieder bis zum Handgemenge. Vielfach versucht sich der Feind nunmehr methodisch an unsere Verteidigungslinien heranzuarbeiten. Der Brückenkopf Tolmein stand nachmittags unter Artillerieschnellfeuer. Hierauf ergriff die feindliche Infanterie bis in die Nacht hinein wiederholt vergeblich an. Sie erlitt schwere Verluste. An den übrigen Fronten hat sich nichts Wesentliches ereignet. Das Feuer der schweren Artillerie auf unsere Tiroler Werke ließ zeitweise nach.

Heute ist ein Vierteljahr seit der Kriegserklärung unseres einstigen Verbündeten verflossen. Die ungezählten Angriffe des italienischen Heeres haben nirgends ihre Ziele erreicht: wohl aber kosten sie dem Feinde ungeheure Opfer. Unsere Truppen halten nach wie vor ihre Stellungen an oder nahe der Grenze.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Meldung des russischen Admiralstabes.

Petersburg, 23. August. (W. T. B.) Der Admiralstab teilt mit: Am 16. August erneuerte die deutsche Flotte mit starken Streitkräften die Angriffe gegen unsere Aufstellung am Eingang der Bucht von Riga. Unsere Schiffe schlugen am 16. und 17. August den Angriff des Feindes zurück, der die Vorbereitungen zu seinem Eindringen in die Bucht unter der Begünstigung eines besonders nebeligen Wetters getroffen hatte. Unter dem Schutze des dichten Nebels drangen beträchtliche feindliche Streitkräfte endlich in die Bucht von Riga ein, während sich unsere Schiffe zurückzogen, wobei sie jedoch dem Feinde unausgesetzt Widerstand leisteten und in Fühlung mit ihm blieben. Am 19. und 20. August führte der Feind Erkundungen nach verschiedenen Richtungen durch und ließ sich gleichzeitig in ein Gefecht mit unseren Schiffen ein. Die Folge davon waren empfindliche Verluste der feindlichen Torpedoboote. Wir verloren das Kanonenboot „Siwutsch", das in ungleichem Kampfe mit einem feindlichen Kreuzer ruhmreich unterging, der, von Torpedobooten begleitet, den „Siwutsch" aufsuchte und ihn auf ungefähr 400 Meter beschoß. Der „Siwutsch", ganz in Flammen gehüllt, erwiderte das Feuer, bis er unterging, nachdem er ein feindliches Torpedoboot zum Sinken gebracht hatte. Mit Rücksicht auf die erlittenen Verluste und die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen scheint der Feind den Rigaischen Meerbusen geräumt zu haben. Vom 16. bis zum 21. August sind zwei Kreuzer und nicht weniger als acht Torpedoboote des Feindes teils außer Gefecht gesetzt, teils versenkt worden. In derselben Zeit ist es unseren tapferen Alliierten gelungen, einen der stärksten Dreadnoughts der deutschen Flotte in der Ostsee zu torpedieren.

Anmerkung des W. T. B.: Der russischen Darstellung gegenüber muß auf die deutsche amtliche Meldung von 21. August verwiesen werden.

Russische Generalstabsmeldung.

Petersburg, 23. August. (W. T. B.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: Die feindliche Flotte hat den Meerbusen von Riga verlassen.

Die Front auf dem Festland verläuft in der Gegend von Riga und in der Richtung von Jacobstadt und Dünaburg nach Westen. Auf derselben Front haben sich Teilkämpfe entwickelt. In der Gegend von Wilkomir ist ebenfalls keine wesentliche Aenderung eingetreten. Westwärts von Koschedary hielten unsere Truppen auch im Laufe des 20. und 21. die hartnäckige Offensive des Feindes an. Auf dem linken Ufer des mittleren Njemen und des oberen Bobr keine wesentliche Veränderung. Die Lage unserer Truppen bei Ossowiec, am unteren Bobr, am unteren Narew und entlang der Eisenbahn Bielsk—Wysoko-Litowsk, in der Gegend von Brest-Litowsk und weiter am rechten Ufer des Bug bleibt ungefähr die gleiche. Der Feind übte seit dem 20. August abends andauernd einen hartnäckigen Druck aus in der Gegend von Bielsk und von Wlodawa nach Piszcza, wurde aber durch unsere Gegenangriffe angehalten. In Galizien keine Veränderung. Direkte Nachrichten aus Nowo-Georgiewsk vom 20. d. M. fehlen. Die letzten von unseren Fliegern gebrachten Nachrichten aus Nowo-Georgiewsk zeigen jedoch, daß in der Nacht zum 20. die Lage der Festung so schwierig geworden war, daß man auf weiteren Widerstand der Besatzung nicht hoffen kann.

Im Schwarzen Meer zerstörten unsere Torpedoboote über hundert türkische Segelschiffe.

Eine Aktion der holländischen Sozialisten.

Von J. F. Ankersmit (Amsterdam).

Die Aktion, die die holländische Partei gegen die Regierungsvorlage zur Einführung der Landsturmverpflichtung für alle noch nicht einberufenen dienstfähigen Männer zwischen 20 und 40 Jahren durchgeführt hat, ist, obwohl sie, was von vornherein feststand, das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern konnte, trotzdem nicht erfolglos geblieben. Erstens nämlich ist die Ausdehnung der Verpflichtung mit der Hälfte gekürzt: nur Männer vom 20. bis zum 30. Jahre können jetzt eingezogen werden. Sodann ist die Landsturmpflicht der Einzuziehenden ausdrücklich nur auf die Kriegszeit beschränkt. Weiter wird für jeden Ausgehobenen einer der jetzt schon ein Jahr lang mobilisierten Landwehrmänner entlassen werden. Auch hat der Kriegsminister sich zu einer nicht länger als vier Monate dauernden Ausbildungszeit verstanden, während bisher diese Zeit bis zu 12 Monaten betrug, und endlich hat der Zweckbestimmungsparagraph des Gesetzes eine eingreifende Aenderung erfahren. Während der Minister als den Zweck des Gesetzes angab die Vermehrung der Armeereserven, hat die Kammer als Zweck die Ablösung der jetzt mobilisierten Landwehrmänner durch jüngere Leute genannt.

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß die militaristische Presse vor Wut schnaubt und z. B. das „Handelsblad" die Behandlung der Vorlage ein Begräbnis nennt. Das Blatt schreibt diesen Lauf der Dinge „dem Drucke einer politischen Agitation" zu und macht damit ungewollt unserer Partei ein Kompliment, weil sie die einzige war, die diese Agitation geführt hat.

Daß unsere Fraktion schließlich trotz der bedeutenden Konzessionen und obwohl sie die Gerechtigkeit der Vorlage, soweit sie die Ablösung der älteren Landwehr durch jüngere Elemente anerkannte, gegen das Gesetz stimmte, findet seinen Grund in der ganzen Position, die unsere Partei gegen die Vorlage eingenommen hatte und die eine unbedingte Verwerfung forderte. Wir waren uns dessen bewußt, daß wir eine schwache Stellung haben würden, wenn wir die Vorlage nur unter militär-technischem Gesichtspunkt betrachteten. Nicht nur schenkt man uns erfahrungsgemäß in dieser Hinsicht im Volke weniger Glauben als den Berufstechnikern der Armee, sondern wir hatten auch damit zu rechnen, daß wir in diesem Falle die demokratischen Befürworter der Volkswehr gegen uns haben würden. Die Vorlage bedeutete prinzipiell die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und war als solche ein Entgegenkommen an eine unserer ältesten Programmforderungen. Zwar bleibt auch dann noch die Tatsache bestehen, daß die Uebung in den Kasernen stattfinden wird statt im bürgerlichen Volksleben und daß alles, was an militaristischem Geist in auch vom Kriegsminister zugestandenem und bedauertem Maße in der Armee besteht, unversehrt bleiben würde, — aber ein Schritt in der Richtung unseres bisherigen Programms blieb die Vorlage trotzdem fraglos.

Wenn die Partei nichtsdestoweniger stark gegen die Vorlage eiferte, so fand sie den Mut dazu, indem sie sich auf den Boden der internationalen Politik stellte und von da aus den Fall betrachtete. Sie brachte ihren Kampf gegen dieses Vorhaben zur Verdoppelung der Armee in den Rahmen ihrer Friedensaktion und zwar in zwiefachem Sinne.

Zuerst faßte sie die internationale Lage des eigenen Landes und die Auffassungen, die über seine Rolle im jetzigen Weltkrieg in der Nation hervortreten ins Auge. Die Vorlage war von der Regierung eingereicht einige Wochen nachdem dem Parlament eine Petition von zweiundzwanzig notabeln Bürgern (Großindustriellen, Professoren, hohen Militärs usw.) überreicht war, in der die Einführung der allgemeinen militärischen Uebungspflicht gefordert war. Diese Petition begründete sich mit der Bemerkung, „daß während dieses Krieges und bei den darauffolgenden Friedensverhandlungen in jedem gewollten Augenblick über alle gesunden, kräftigen Männer in wehrbarer Verfassung zu verfügen sei". In dieser Begründung war zum erstenmal von beachtenswerter Seite eine Benutzung der holländischen Wehrmacht als möglich hingestellt, die über die Grenzen der Wahrung der Neutralität hinausging und ein aktives Eingreifen in der internationalen Kriegspolitik voraussah. In diesem Lichte wurde die Regierungsvorlage eine große Gefahr. Wiederholt hatte der Kriegsminister versichert, für die Wahrung der Neutralität des Landes sei die jetzige Wehrmacht vollständig genügend. Die Schlußfolgerung lag nahe, daß die Ausdehnung der

Wehrmacht für einen anderen Zweck als für die Wahrung der Neutralität, wofür allein unsere Partei die Mobilisation gutgeheißen hatte, als notwendig betrachtet werde. Dabei hatte sich allmählich eine zwar nicht ausgedehnte, aber doch beachtenswerte Strömung gebildet, die sich hauptsächlich um das Sensationsblatt „Telegraaf" gruppierte, das durch fortgesetztes Wettern gegen Deutschland und eine einseitige Parteinahme zugunsten der Alliierten eine bedenkliche Stimmung im Lande hervorrief. Ohne alle Ueberschätzung dieser „Kriegspartei" war trotzdem mit ihr als mit einer gegebenen Tatsache zu rechnen, um so mehr als immer mehr Stimmen von nicht einflußlosen Leuten (Journalisten, Professoren usw.) laut wurden, die betonten, von einer eventuellen Annexion Belgiens deutscherseits würde Holland so sehr mitbetroffen und gefährdet werden, daß es sich dagegen mit bewaffneter Hand zur Wehr setzen müsse. Von den Kreisen, in denen diese Stimmungen lebten, wurde die Regierungsvorlage über alle Maßen gefeiert. Desto mehr Grund für unsere Partei, mit aller Kraft einen Entwurf zu bekämpfen, der solchen Strömungen Oberwasser verlieh. In dieser Weise wurde der Kampf gegen die Vorlage zu gleicher Zeit ein Kampf für die Erhaltung des Friedens für Holland, und es ist eben diese Parole, die im Volke gar gewaltig gezündet und auch im Parlament zur starken Beschränkung des Gesetzes sehr viel beigetragen hat.

Nun kam aber noch hinzu, daß wir den ganzen Fall zu betrachten hatten aus den Auffassungen, deren sich der ganze internationale Sozialismus, trotz aller momentanen Zerrissenheit, über die letzten Ursachen des heutigen Krieges bewußt ist. Zunächst witterten wir in der Agitation zur Ausdehnung des Armeebestandes gewisse imperialistische Motive, wenn auch nicht in dem Sinne eines aggressiven, dann doch eines konservierenden Imperialismus, insoweit, als offenbar ins Auge gefaßt war, es könnten bei den Friedensverhandlungen die holländischen Kolonien in Mitleidenschaft gezogen werden und man wollte sich darauf vorbereiten, das Blut unserer Arbeiter eventuell für das ungeschmälerte Erhalten des holländischen Kolonialbesitzes in die Wagschale zu werfen. Die Tatsache, daß unser Parlament in den letzten Wochen an die 30 Millionen Gulden für die Ausdehnung der kolonialen Flotte votiert hat, spricht in dieser Hinsicht eine beredte Sprache. Unsere Partei aber hat die Verweigerung jedes derartigen gewalttätig-imperialistischen Abenteuers aufs nachdrücklichste dokumentieren wollen.

Dann aber auch tat sich jetzt die Gelegenheit auf, durch die Tat zu beweisen, daß es uns ernst sei mit der Innehaltung des Kopenhagener Friedensprogramms vom Jahre 1910, das auch in der Kopenhagener neutral-sozialistischen Konferenz vom Monat Januar und in den Londoner und Wiener Konferenzen der Sozialisten der kriegführenden Länder aufs neue bestätigt ist, und das die Einschränkung der Rüstungen mit der allgemeinen internationalen Abrüstung als Endziel fordert. Die bürgerlichen Vertreter, die sich in ihren jüngsten Friedensausschüssen zu einer gleichen Forderung aufgeschwungen haben, mögen es für sich selber verantworten, wenn sie jetzt schon gleich dieses neugebackene Programm in ihrer politischen Praxis im Stiche lassen, — wir haben eine höhere Auffassung vom Werte unserer feierlichen Erklärungen. Zwar ist das Programm als internationales Programm abgefaßt und die Auffassung liegt nahe, daß es nur mittels zwischenstaatlicher Vereinbarung vollständig zu verwirklichen sei. Aber ebensosehr sind wir davon überzeugt, daß ein solches internationales Programm die Richtschnur abzugeben hat für unsere Landespolitik und sie über die Stimmungen des Tages erheben muß. Jedenfalls erschien es uns als schnurstracks unserer internationalen Pflicht zuwiderlaufend, wenn wir einer so starken Ausdehnung unserer Armee zugestimmt hätten mitten in einem Kriege, bei dessen Abschluß wir eine allgemeine Einschränkung der unerträglichen und als so gefährlich erwiesenen Rüstungen anstreben wollen.

Wir glauben mit unserer Haltung der erwähnten Militärvorlage gegenüber, sowohl unserer eigenen Arbeiterklasse und unserem Lande als auch der Internationale einen Dienst erwiesen zu haben.

Rußlands Anerkennung der überlegenen deutschen Artillerie.

Petersburg, 23. August. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Ueber die Räumung von Kowno und den wahrscheinlichen Verlust von Nowo-Georgiewsk wird von zuständiger Seite ausgeführt: Wie betrübend auch die neuen Prüfungen für russische Herzen sind, so muß man doch zugeben, daß die Macht der modernen Artillerie jede Deckung für die Verteidiger einer Festung illusorisch macht derart, daß nicht nur die Feldverschanzungen, sondern selbst dauerhafte Befestigungswerke fast machtlos sind, ihre zerstörende Kraft zu hemmen. Mit der mächtigen Artillerie erfordert ein plötzlicher Angriff auf eine Festung keine große Kunst, sondern nur eine große Anzahl Geschütze des neuen mächtigen Typs, vorausgesetzt, daß man reichlich Munition hat und ungeheure Opfer an Kanonenfutter bringt. Diese Bedingungen entscheiden fast den Erfolg, so wie es die Erfahrung bei den belgischen und den russischen Festungen zeigt. In Zukunft sind Festungen nur noch in Verbindung mit den Operationen der Feldtruppen zu brauchen, wie es die Beispiele des langen Widerstandes von Ossowiec und Verdun zeigen. Während der verflossenen Periode leisteten uns Nowo-Georgiewsk und Kowno einen großen Dienst als Stützpunkte für unsere Reserven an der Weichsel, dem Narew und dem Niemen. Ihre Räumung ist ein Opfer an die überlegene artilleristische Vorbereitung des Feindes. Jetzt erkennt jeder durch den Augenschein, wie vernünftig es war, Przemysl während der letzten Kämpfe am San nur so lange zu halten, wie es für die Feldarmee notwendig war, und es dann zu räumen, indem man vermied, dort eine beträchtliche Besatzung einzuschließen, deren Abtrennung die lebendige Kraft unseres Feldheeres geschwächt hätte.

Die Einberufung des zweiten Aufgebots in Rußland.

Paris, 22. August. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der russische Kriegsminister meldet, daß demnächst die jüngsten Klassen des zweiten Aufgebots einberufen werden. Durch die Einberufung werden acht Millionen Mann unter 35 Jahren zum Heeresdienste herangezogen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. August. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagnachmittag. Im Artois nördlich von Souchez wurde ein von schwachen Kräften ausgeführter deutscher Angriffsversuch leicht und schnell angehalten. Im Labyrinth dauert der Kampf mit großen Bomben an. Im Gebiete von Roye heftige beiderseitige Kanonade. In den Vogesen griff der Feind unsere Stellungen auf dem Kamm von Sondernach an. Er wurde vollkommen zurückgeworfen. Auf dem Gelände, welches wir am 18. August in dieser Gegend eroberten, zählten wir Hunderte von toten Deutschen. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ohne Zwischenfall.

Paris, 23. August. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Im Artois, besonders im Gebiete von Neuville und Roclincourt lebhafte Tätigkeit der feindlichen Batterien, welche von unserer Artillerie heftig bekämpft wurden. Gegenseitige ziemlich lebhafte Kanonade im Gebiete von Roye, auf dem Plateau von Quennevière, an der Aisnefront und um Reims. In den Argonnen meldet man nur Kämpfe mit Schützengrabenkampfwerkzeugen, besonders in Courtechausse. Im Woevre nördlich Flirey Kämpfe mit Bomben und Handgranaten. In den Vogesen im Fechtgebiete einfache Kanonade.

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. August. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom Sonntag. In der Zone des Monte Maggio nordwestlich von Arsiero beschoß gestern feindliche Artillerie mit Heftigkeit die neuen von uns eroberten Stellungen. Es war uns möglich, das von uns besetzte Gebiet auszudehnen. Im oberen Boitetal haben wir einige feindliche Schützengräben an der Spitze des Travenanzetales im Sturm genommen und Gefangene gemacht, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Wir haben ebenfalls feindliche in den Felsen des Monte Cristallo eingenistete Patrouillen verjagt und das von uns besetzte Gebiet bis zum Monte Cresta ausgedehnt. Feindliche Artillerie eröffnete das Feuer gegen die Ortschaft Cortina d'Ampezzo, wo sie einigen Schaden verursachte. Im oberen Rienztal unternahm der Feind gegen unsere am weitesten vorgeschobenen Stellungen Angriffe, die zurückgewiesen wurden. Auf dem Karst sind unsere Linien gestern ebenfalls ein wenig vorgerückt. Wir haben einen starken Schützengraben im Sturm genommen und 97 Gefangene, darunter zwei Offiziere, sowie ein gepanzertes Maschinengewehr eingebracht. Der Feind konzentrierte hierauf ein heftiges Feuer gegen diesen Teil unserer Front und warf sodann seine Truppen im Sturm vor, die jedoch durch unser Feuer aufgehalten und darauf durch Bajonettangriff zurückgeworfen und verfolgt wurden. Unsere Flieger erneuerten gestern morgen ihren Angriff auf den feindlichen Flugplatz in Aisovizza und verwüsteten ihn durch Abwurf von sechzig Bomben. Das mutige Geschwader wurde durch Abwehrgeschütze des Feindes beschossen, jedoch sind alle Flieger unversehrt zurückgekehrt.

Zur italienischen Kriegserklärung an die Türkei.

Kristiania, 23. August. (W. T. B.) Italiens Kriegserklärung an die Türkei wird von der norwegischen Presse als sicherer Vorbote von Italiens Beteiligung an den Operationen auf der Gallipoli-Halbinsel oder der Küste Kleinasiens bezeichnet. Dies sei um so wahrscheinlicher, als Italien offenbar eingesehen habe, daß es im Angriff gegen Oesterreich doch nichts auszurichten vermöge, und sich deshalb auf die Verteidigung seiner Grenzen beschränken werde, wozu die Hälfte des jetzt gegen Oesterreich operierenden Millionenheeres genügen würde. Außerdem betont man, daß Italiens Eingreifen an den Dardanellen mehr oder weniger unmittelbaren Einfluß auf die Haltung der Balkanstaaten haben würde.

* * *

Nach einer Luganoer Meldung der „Köln. Volkszeitung" schreibt der „Avanti" zur Kriegserklärung Italiens an die Türkei:

Diejenigen, welche den Krieg im Mai herbeisehnten und erklärten, wußten zu gut, daß dieser nicht auf Aktionen in den Alpen und am Isonzo beschränkt bleiben konnte. Wer sich mit dem Dreiverband verbrüderte, durfte keinen Krieg allein betreiben. Die sofortige Folge der Kriegserklärung werde Italiens Eingreifen vor den Dardanellen sein. Vorläufig, schreibt das Blatt, enthalten wir uns jeder Aeußerung. Wenn einmal die leitenden italienischen Kreise Rechenschaft ablegen müssen über ihre von uns nicht gebilligten Richtlinien, dann werden sie nach Verdienst behandelt werden.

Ein italienisches Grünbuch über den türkisch-italienischen Konflikt.

Mailand, 23. August. (W. T. B.) Der römische Korrespondent der „Stampa" drahtet seinem Blatte, Sonnino bereite ein Grünbuch über den türkisch-italienischen Konflikt vor.

Der türkische Krieg.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. August. (W. T. B.) Der Bericht des Hauptquartiers vom 22. d. Mts. lautet: Der Feind griff die neue Front bei Anaforta an, aber wir schlugen den Feind durch einen Gegenangriff vollständig zurück und brachten ihm schwere Verluste bei. Bei dem Angriff vom 21. d. Mts. erlitt der Feind gewaltige Verluste. Allein vor einem Teil unserer Gräben zählten wir mehr als 500 Tote und außerdem nahmen wir einen Offizier und eine Anzahl Soldaten gefangen. Vor Ari Burnu und Seddul Bahr hat sich nichts Wesentliches ereignet.

An der Irakfront griffen unsere Truppen eine englische Abteilung bei Akike (?) am Euphrat an und fügten ihr große Verluste zu. Sie erbeuteten mehr als 200 Gewehre.

An anderen Fronten ist keine Aenderung eingetreten.

Türkisches Dementi.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) Die türkische Botschaft teilt mit: Der amtliche englische Bericht vom 10. August 1915 meldet, daß während der Kämpfe der letzten Tage in dem südöstlichen Abschnitt bei Kirthia die Engländer um 200 Meter vorgeschritten seien, Tschunekbair genommen hätten und dabei 650 Gefangene gemacht und Maschinengewehre erbeutet hätten. Der französische Bericht desselben Tages über dieselben Kämpfe meldet, daß die australischen Truppen 500 Gefangene gemacht und neun Maschinengewehre erbeutet hätten. — Der Inhalt dieser beiden Berichte entbehrt jeder Grundlage. Der Feind hat keinerlei Fortschritte bei Kirthia gemacht, hat nicht Tschunekbair genommen und kein einziges Maschinengewehr erbeutet. Die Angriffe, die er seit dem 6. August unternommen hat, sind unter unserem Feuer zusammengebrochen. Es ist wahrscheinlich, daß er eine kleine Anzahl von Gefangenen gemacht hat, die jedoch die angegebene Ziffer nicht erreicht.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootkrieg.

London, 23. August. (W. T. B.) Wie das Reutersche Bureau berichtet, wurde der Kapitän und die Besatzung des Dampfers „Cober" (3060 Bruttotonnen) aus London, der von einem Unterseeboot versenkt wurde, durch den holländischen Dampfer „Monnikendam" gelandet. Nach einer Lloydsmeldung wurden die englischen Dampfer „Daghistan" und „Windsor" versenkt, die Besatzungen gerettet, während der englische Dampfer „William Dawson" in die Luft geflogen ist.

Zur Versenkung der „Arabic".

London, 23. August. (W. T. B.) „Daily Telegraph" meldet aus New York: Wilsons Sekretär Tumulty sagte mit Bezug auf die Versenkung der „Arabic" in einer Ansprache: Die geeinigte Nation unterstützt den Präsidenten in dieser großen internationalen Krise; sie wird, wenn nötig, für die unveräußerlichen Rechte der Amerikaner zu Lande und zur See auch das Leben einsetzen.

Genosse Vandervelde dementiert.

Die Baumeisterische J. K. schreibt:

Am 14. Juli sprach Genosse Vandervelde in Paris (St. Denis) und ließ sich auch über die Rolle Rußlands aus: „Staunen Sie nicht", rief er aus, „wenn ich auch Rußland in die Nationen einreihe, welche die Unabhängigkeit der Völker und die Sache des Fortschritts der Menschheit verteidigen. Eine hohe Persönlichkeit hat mir erklärt, daß Rußland die größte Demokratie sein könnte, wenn es nicht seit langem von den Bazillen des deutschen Einflusses vergiftet wäre. Und es ist wahr, ohne Zweifel. Der größte Teil des Absolutismus, unter dem das russische Volk zu leiden hat, kommt aus Deutschland." Gegen diese Auffassung, die dem Panslawismus entstammt und die der ganzen russischen Geschichte ins Gesicht schlägt, wandte sich der „Vorwärts" und rügte sie in äußerst freundlichen und schonungsvollen Worten, wobei unser Zentralorgan lobend hervorhob, daß sich Vandervelde enthalten habe, auf der skandalösen Versammlung der Jingoes der Britischen Sozialistischen Partei in Queens Hall zu erscheinen, obwohl er als Redner angekündigt worden sei.

Hierauf antwortete Vandervelde in einem Leitartikel der „Humanité" vom 16. d. Mts., daß er in jener Versammlung gesprochen haben würde, wenn er damals nicht in Mailand gewesen wäre; er hätte neben Hyndman, Cachin, Hodge, Tillet usw. eine Rede gehalten im Sinne der Resolution der Londoner Konferenz vom Dezember 1914. Was Rußland betreffe, so habe er nicht von der Regierung gesprochen, sondern vom russischen Volke. „Wir wissen wohl", schreibt Vandervelde, „daß in den ersten Kriegsmonaten die herrschenden Kreise Rußlands nichts gelernt und nichts vergessen haben: die Finnen, die Polen, die Juden, die Mitglieder der ersten Duma, die Revolutionäre sind lebendige Beweise für diese Tatsache. Aber hier handelte es sich um das russische Volk, das wir lieben, bewundern und dessen kaltblütigen und zähen Heldenmut wir begrüßen. Im vergangenen Jahre sagte mir jemand in Petersburg: „Rußland ist die größte Demokratie der Welt, regiert von einer deutschen Kolonie, die den Hof bildet." Es ist Wahres, viel Wahres in dieser paradoxen Erklärung. Die Reaktionäre der Umgebung des Zaren sind nicht sämtlich baltische Junker, aber sämtliche baltischen Junker sind Reaktionäre schlimmster Sorte. Andererseits sage ich, daß es in dem kleinsten Finger eines Moskauer oder Petersburger Arbeiters mehr revolutionäre Kraft gibt, als im ganzen Körper, im ganzen Herzen und Kopfe eines Mitgliedes der Mehrheit des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie." Das ganze russische Volk sei sich bewußt, daß dieser Krieg kein dynastischer, sondern ein nationaler Krieg sei, von dem es seine Befreiung erwarte. Es wolle lieber mit dem Zaren zusammen in den Krieg gehen, als mit dem Kaiser in Frieden leben. Man müsse allerdings zugeben, daß die freiheitlichen Eingeständnisse, die die russische Regierung letzthin der Duma, den Semstwos und den Gemeinden machte, die Folgen russischer Niederlagen seien. Nichtsdestoweniger behaupte er (Vandervelde) zusammen mit Krapotkin, Plechanow und Alinski, daß eine russische Niederlage eine Aussöhnung zwischen der zarischen Knute und dem deutschen Stock bringen würde, während ein russischer Sieg dem Volke nützen würde. . . .

Aus der italienischen Partei.

Lugano, 17. August. (Eig. Ber.)

Die Stellung der Parteigenossen zu den Hilfskomitees fährt fort, die Aufmerksamkeit der Parteiorgane zu beanspruchen. In Turin haben die Neuwahlen in das Lokalkomitee der Parteiorganisation den Sieg der Intransigenten zur Folge gehabt, das heißt derjenigen Richtung, die gegen die Beteiligung an den gemischten Komitees ist, was höchst wahrscheinlich die Vertreter der Partei in den Komitees veranlassen wird, ihre Aemter niederzulegen. Noch bezeichnender ist der Austritt der Genossen in Venedig aus dem Hilfskomitee. „Zwei Monate der Mitarbeit haben den Genossen die Augen geöffnet, diejenigen, die am eifrigsten für die Beteiligung der Sozialisten eingetreten waren, sind zu den Bekämpfern der Teilnahme an dem gemischten Komitee geworden", so schreibt man dem „Avanti" aus Venedig. Den äußeren Grund zum Austritt der Sozialdemokraten aus dem Komitee gab die Art und Weise, wie die „demokratische" Mehrheit der Komiteemitglieder die Arbeitslosenfrage behandelte. Die Sozialisten bestanden darauf, die Arbeitslosenfrage sollte vom Komitee in direkter Verbindung mit der Gemeinde und dem Bürgermeister gehandhabt werden, demgegenüber beschloß die Majorität des Komitees, den Vorsitz einem alten General zu übertragen, wodurch die Gemeinde und der Bürgermeister bezw. die soziale Rolle des Komitees in den Hintergrund traten, und dem Komitee ein militaristisch-philantropisches Gepräge gegeben wurde.

Gab dies Verfahren Anlaß zum Austritt der Genossen aus dem Hilfskomitee in Venedig, so sind die tieferen Ursachen, die ihn bedingt haben, von allgemeiner Tragweite und werfen ein Licht auf die Stellung der sozialistischen Partei zu den anderen Parteien auch in der Frage der Hilfskomitees.

„Eine Grundverschiedenheit in den Gefühlen, in den Anschauungen, in der Betrachtungs- und Handlungsweise machte das weitere Zusammenarbeiten unmöglich", bemerkt der Venediger Korrespondent des „Avanti", nachdem er hervorgehoben, in welche Wut die Vertreter der bürgerlichen Parteien gerieten, jedesmal wenn die sozialistischen Mitglieder des Komitees die ökonomischen oder politischen Organisationen des Proletariats erwähnten. „Wie Besessene wehrten sich die Betreffenden: Wir kennen keine Parteien, es gibt nur Italiener, Italiener, Italiener. . . . Konnten unsere Genossen dieser Verletzung proletarischer Organisationen ruhig beiwohnen? Gewiß nicht, auch blieben sie die Antwort nicht schuldig."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch in anderen Orten dieselbe Lage eintreten wird wie in Turin und Venedig. Das Zentralorgan der italienischen Partei bespricht die Frage der Beteiligung der Genossen an den Hilfskomitees wie die Hilfskomitees überhaupt in einem Leitartikel, der den bezeichnenden Titel trägt: „Täuschen wir uns nicht und lassen wir uns nicht täuschen", in

dem bewiesen wird, wie ohnmächtig die Hilfskomitees sind, wie es ihnen an Mitteln, Kompetenz und Bewegungsfreiheit fehlt, wie durch sie die Verantwortlichkeit des Staates auf die Mitglieder der lokalen Komitees gewälzt wird. Die Sammlungen haben ganz illusorische Resultate gehabt; auch in den Städten wie Mailand, wo am meisten gespendet wurde, ist das Aufgebrauchte ein Hohn im Vergleich zu den dringenden Bedürfnissen. Der Staat soll sich der Opfer des Krieges annehmen, wie er sich der Soldaten annimmt. . . . Den Parteigenossen — auch denjenigen, die an den Komitees teilnehmen — liegt die Pflicht ob, sich nicht täuschen zu lassen und nicht zu täuschen. . . ." Bezeichnenderweise ist der Leitartikel nur ganz wenig zensuriert worden. In Parteikreisen wird die Stellungnahme des „Avanti" ein Gefühl der Befriedigung auslösen.

Die Militärzensur gegen den „Avanti"!

Lugano, 19. August 1915. (Eig. Ber.) Je weiter, desto strenger geht die Militärzensur gegen das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie vor: Am 13. wurde ein Bebels Andenken gewidmeter Artikel ganz entstellt, und zwar wurden bezeichnenderweise von der Zensur alle Zitate gestrichen, die sich auf die Erklärungen Bebels und Liebknechts Anno 1871 bezogen.

Seit drei Tagen geht die Zensur noch summarischer vor: die Leitartikel werden vom ersten bis zum letzten Wort unterdrückt. Von dem einen blieb nur der Titel „Vom Berliner Vertrag bis zu den heutigen Tagen" und die, nach anderthalb Spalten weißen Raums folgende Unterschrift: „Arnaldo Lucci, Mitglied des Parlaments".

Politische Maßregelungen.

Eine Reihe von Organisatoren der irischen Freiwilligen wurden zu je zwei bis vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie entgegen den Befehlen der Militärbehörde ihr Land nicht verließen. Die Zahl der Ausweisungsbefehle wächst. („Herald" vom 14. August.)

Wie der „Labour Leader" vom 29. Juli mitteilt, erhielten kürzlich vier bekannte irische Nationalisten den Ausweisungsbefehl. Da sie demselben nicht nachkamen, wurden sie verhaftet und sehen nun der Aburteilung entgegen. Aus Cock wurden ein Sozialist und ein anderer ausgewiesen.

In Sheffield wurde ein Mitglied der J. L. P. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er verwundeten Soldaten Absätze aus dem Friedensaufrufe der deutschen Sozialdemokratie vorlas und ihnen sagte, daß sie nur für die herrschenden Klassen kämpfen. Seine Familie mußte das lange Jahre bewohnte Haus, in dem sie ein Geschäft gegründet hat, sofort räumen. („Labour Leader" vom 12. August.)

Wegen Beteiligung an Streiks erhielten 103 Arbeiter der Maschinenfabrik Erikson und 9 Arbeiter der Newa-Schiffswerft in Petersburg auf Anordnung des Stadthauptmanns, des Fürsten Obolenski, je drei Monate Gefängnishaft.

In Turin ist das Mitglied des italienischen Metallarbeiterverbandes, Sobrito, verhaftet worden, bei dem schon nach den großen Maiunruhen öfters Haussuchungen abgehalten worden waren, die aber keinerlei Beweismaterial dafür zutage förderten, daß Sobrito sich bei irgend einer neutralistischen Kundgebung oder am Generalstreik beteiligte. Nachdem man aber bei der letzten Haussuchung eine alte und verrostete Schußwaffe bei ihm fand, wurde nunmehr zur Verhaftung geschritten.

Die Gewerkschaftsbeamten in Italien hatten seiner Zeit vom Ministerium die offizielle Versicherung erhalten, daß die beruflich nötige Bewegungsfreiheit für ihre Reisen in die Kriegszone erhalten bleiben sollte. Nun ist trotzdem einem Bologneser Beamten der Reisepaß verweigert worden mit der Begründung, daß „heute unter den gegebenen Verhältnissen keine Streiks, Agitationen usw. zu machen seien."

Am 16. Juli erschien in der „Humanité" eine Artikelüberschrift „Die Lage der Juden in Rußland". Den Artikel bezeichnete ein weißer Fleck.

Der englische Gewerkschaftskongreß und die Frauen.

Der 47. Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften, der am 6. September in Bristol zusammentritt, wird sich auch mit folgender, vom nationalen Verbande der weiblichen Arbeiter vorgelegten Resolution zu beschäftigen haben:

„Es liegt im Interesse der höchsten Vaterlandsliebe, die infolge des Krieges nötig gewordenen Hilfsaktionen so zu gestalten, daß das Lebensniveau und die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter nicht unnötigerweise herabgedrückt werden; es müssen deshalb entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, die die Abwanderung und Stellvertretung von Arbeitern regeln. Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

1. Sämtliche weibliche Arbeiter, die in Kriegswerkstätten eintreten, sollen sich der betreffenden Gewerkschaft anschließen; die gewerkschaftliche Mitgliedskarte soll die Vorbedingung ihrer Anstellung sein; Gewerkschaften, die bis jetzt weibliche Arbeiter ausschlossen, sollen veranlaßt werden, ihre Satzungen zugunsten weiblicher Mitgliedschaft zu ändern. 2. Wo eine weibliche Person dieselbe Arbeit leistet wie der Mann, soll sie denselben Lohn erhalten; der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit muß aufrecht erhalten werden. 3. Unter keinen Umständen darf man weibliche Personen auf Grund des Kriegsarbeitsregisters zur Arbeit einziehen, ohne ihnen einen anständigen Lohn zu sichern; Schwitzarbeit muß ausgeschlossen sein. 4. Weibliche Personen, die auf Grund des Kriegsarbeitsregisters eingezogen werden, sollen wenn nötig auf Staatskosten ausgebildet und erhalten werden, bis sie ihrer Aufgabe gewachsen sind; bei der Einziehung der weiblichen Personen soll man denjenigen den Vorzug geben, die schon vorher als Lohnarbeiterinnen beschäftigt waren. 5. Nach Friedensschluß: beim Uebergang zu normalen Verhältnissen soll man diejenigen männlichen Arbeiter vorziehen, deren Plätze während des Krieges von Frauen besetzt waren. 6. Den weiblichen Personen, die hierdurch ihre Arbeitsplätze verlieren, muß anderweitige Beschäftigung garantiert werden. 7. Der beratenden Kommission, die die Regierung ernannte, um ihr bei der Ausführung der Kriegsarbeiten beizustehen, sollen weibliche Personen hinzugefügt werden, um die Regierung über Frauenbeschäftigung zu beraten.

Englischer Trost für Rußland.

London, 23. August. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) „Times" schreibt: Es sei wohltuend, zu erfahren, daß auf Betreiben der russischen Regierung Schritte unternommen wurden, um die Verbreitung des Eindrucks, als ob die westlichen Verbündeten nicht ihren Teil an den Lasten des Krieges trügen, zu verhindern. Wenn alle Tatsachen bekannt sein würden, so werde man finden, daß Rußland keine Ursache habe, sich über die Unterstützung, die es bei den Verbündeten fand und finden werde, zu beklagen. Großbritannien und Frankreich seien den jüngsten Ereignissen auf dem östlichen Kriegsschauplatze mit größtem Interesse und größter Sympathie gefolgt, im Vertrauen darauf, daß die unwandelbare Entschlossenheit der Verbündeten schließlich zur Geltung kommen müsse. Die russische Regierung wisse bereits und das russische Volk werde bald erfahren, daß alle Verbündeten die gemeinsame Sache mit derselben Hartnäckigkeit verfolgten. Italiens Kriegserklärung an die Türkei sei nur ein Beweis, daß weder der Dauer noch der Ausdehnung des Krieges Grenzen gesetzt seien, solange bis Deutschland und seine Vasallen endgültig geschlagen seien. Ebenso setzten die westlichen Verbündeten den Opfern, die sie bringen wollten, keine Grenze.

Stimmungen in Rußland.

Einem Bericht des Genossen M. Boretzky in der Pariser „Nasche Slowo" entnehmen wir folgende beachtenswerten Mitteilungen über die Stimmungen in den bürgerlichen Kreisen Rußlands.

Das Hauptkriegsziel des russischen Bürgertums ist die Eroberung der Dardanellen. Der Regierung ist diese Tatsache bekannt. Die Stimmung in der „Gesellschaft" ist derart, daß man offen sagt: Schließt die Regierung einen Separatfrieden, so wird an Stelle Nikolaus II. Nikolai Nikolajewitsch den Thron einnehmen! Mit den Verbündeten ist die liberale Gesellschaft unzufrieden, weil Rußland die größten Lasten des Krieges zu tragen habe. Aber, so wird betont, an einen Bruch des Bündnisses sei nicht zu denken.

Aeußerst interessant ist, wie man sich in der liberalen Gesellschaft zur Arbeiterbewegung stellt. „Wenn, so heißt es, eine Bewegung unter den Arbeitern einsetzt mit der Parole der Einstellung des Krieges, so wird die Gesellschaft dagegen sein und sich der Regierung nähern, wenn diese auf dem Boden der Fortsetzung des Krieges bis zum Siege stehen wird." Eine solche Zusammenarbeit mit der Regierung hat übrigens schon begonnen, und zwar gehen die Antriebe hierzu von der Armee aus, in der eine starke Unzufriedenheit wegen der technischen Mängel herrscht. Von einer revolutionären Propaganda in der Armee sei nichts zu hören. Man stelle aber die politischen Umwälzungen in Rußland in Abhängigkeit von der Stimmung, in der die Armee vom Kriege heimkehren wird.

Nach denselben Informationen hat die liberale Gesellschaft den Glauben an den Sieg nicht verloren. Selbst wenn die Deutschen in Petersburg einzögen und die russische Armee sich bis an Dnjepr zurückziehe, sei nicht an einen Frieden zu denken. Wenn aber England und Frankreich zum Frieden geneigt sein würden, so wäre die Sache anders.

Amnestieforderungen in Rußland.

Auf dem soeben in Petersburg stattgefundenem Kongreß der Kriegsindustrie-Ausschüsse kam es bei der Erörterung des Antrages über die Befreiung deportierter Arbeiter zu einer bemerkenswerten Manifestation. Von den Sitzen der Anwesenden ertönten Rufe: „Amnestie", und ein Teilnehmer des Kongresses bemerkte: „Wir würden unsere Pflicht nicht erfüllen, wenn wir den Augenblick nicht ausnutzen, um die Frage der Amnestie anzuregen." Stürmischer Applaus übertönte die Worte des Redners. Einstimmig nahm der Kongreß den Antrag über vollständige Amnestie an.

Ein zerstörtes Land.

Ein in Holland gegründetes Unterstützungskomitee für Russisch-Polen veröffentlicht folgende Angaben über die Verluste, die Russisch-Polen im Krieg davongetragen hat:

Russisch-Polen umfaßt 127 000 Geviertkilometer mit 13 Millionen Einwohnern und ist, mit Ausnahme des Gouvernements Siedlce und einem kleinen Teil des Gouvernements Warschau, nahezu vollständig durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen. Mehr als 200 Städte und 900 Dörfer wurden durch den Krieg betroffen. Der unmittelbare Schaden beträgt mehr als 2¼ Milliarden Mark. 5000 Dörfer sind vollständig vernichtet. Zahllose Bauernhöfe, Rittergüter, Schlösser, Landhäuser usw. sind verbrannt; mehr als 100 Kirchen verwüstet, mehr als 1000 beschädigt. Getreide- und alle sonstigen Vorräte wurden beschlagnahmt. Zwei Millionen Stück Herdenvieh und eine Million Pferde wurden requiriert oder kamen wegen Futtermangels um. Durch die schweren Geschosse wurde der fruchtbare Boden auseinandergefegt und unter Sand und Kiesel begraben; besonders bei Radom und Lublin, wo ganze Strecken für lange Zeit unfruchtbar sind. Der kleine Bauer ist vollständig verarmt. Den Großgrundbesitzern geht es auch nicht viel besser. Der gesamte Landbau Russisch-Polens, der früher einen jährlichen Ertrag von rund 1¾ Milliarden Mark hatte, liegt für lange Zeit vollständig brach. Noch immer kommen Menschen durch Hunger um. Auch die Städte haben viel gelitten. Die Industriezentren Czenstochau, Lodz usw. leiden unter einer schrecklichen wirtschaftlichen Krise. Die Eisenbahnen sind über eine Länge von 1500 Kilometer vernichtet. Bahnhöfe und Brücken sind in die Luft geflogen. Die Wege sind durch die Automobile, Munitionszüge und Truppentransporte vollständig unbrauchbar geworden. Das Kohlenrevier von Dombrowa ist bereits zu Anfang des Krieges zerstört worden; die Zechen wurden gesprengt. Alle Fabriken im Bezirk Warschau liegen still. Mehr als hundert industrielle Werke sind größtenteils zerstört; 400 000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung, unter ihnen zahllose Handwerker, Geschäftsleute usw. Dies gilt besonders von den kleinen Städten, wo jede Zufuhr fehlt. Ueberall herrschen Epidemien, Hunger, Flecktyphus, Diphtherie, Cholera usw. Arzneien fehlen vollständig. So sieht es dort aus, wo der Krieg wütet.

Venizelos bildet das neue Kabinett.

Athen, 23. August. (W. T. B.) Die „Agence d'Athenes" bestätigt, daß Venizelos vom König mit der Kabinettsbildung betraut wurde. Wie verlautet, werde Venizelos im neuen Kabinett das Ministerium des Auswärtigen übernehmen.

Roosevelt als Kriegsschürer.

London, 23. August. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus New York: Die Blätter enthalten eine Erklärung Roosevelts, in der er sagt, er hoffe von Herzen, daß die Regierung nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland schreiten werde. Das wäre eine neue Kränkung der Ehre und Interessen Amerikas. Die Februarnote des Präsidenten Wilson sei ausgezeichnet gewesen, wenn man sich nur daran gehalten hätte, aber alle folgenden seien Produkte der Schwachheit und Schüchternheit gewesen. Die Versenkung der „Lusitania" und „Arabic" sowie die Angriffe auf die „Gulflight" und „Falaba" und ähnliche Vorfälle seien die anmaßende Antwort gewesen, die durch diese Schwachheit veranlaßt worden sei. Deutschland werde sich wenig um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen kümmern, denn die Zeit, wo Worte an das Volk gerichtet werden müssen, sei lange vorbei. Es sei unbegreiflich, daß die Erben der Ueberlieferungen Washingtons und Lincolns und die Mitglieder der Regierung nicht einsähen, daß die Zeit zu Taten gekommen sei. Was jetzt geschehen sei, sei ein neuer Beweis der Unklugheit des amerikanischen Volkes, das nicht schon vor dreizehn Monaten darauf drang, mit aktiven militärischen Vorbereitungen zu beginnen.

Südafrikanische Sorgen.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Man kann voraussehen, daß sich die südafrikanischen Dinge in keinem Fall so glatt lösen werden, als die englische Regierung sichs im Augenblick, wo sie Botha so bereit fand, ihr die militärische Macht der südafrikanischen Union zur Verfügung zu stellen, vorgestellt haben mag. Es mag wohl eine Wirkung des unverkennbaren Erstarkens der holländischen („nationalistischen") Partei sein, die sich jetzt auch im Kapland organisiert und sogar das erste holländische Tagblatt Südafrikas gegründet hat, daß auch die Anhänger Bothas jetzt der Londoner Regierung gegenüber mit selbstbewußten Forderungen auftreten. So wirft das Regierungsblatt „Volksstem" die Frage der Zukunft Deutsch-Südwest-Afrikas auf. Sie geht von der Voraussetzung des Sieges der Alliierten aus und sieht dann drei mögliche Lösungen. Entweder fordert die englische Regierung, entsprechend ihrem seinerzeitigen Vorbehalt des Verfügungsrechts über das eroberte Gebiet, Deutschsüdwest für sich. Die „Volksstem" hielt das nach den gebrachten Opfern für undenkbar. Oder England werde das Land an Deutschland zurückgeben wollen. Die „Volksstem" meint dazu: Das südafrikanische Volk will im Reichsinteresse vieles tun, „aber es wird ungewöhnlich viel Ueberredungskraft dazu nötig sein, um unsere öffentliche Meinung von der Notwendigkeit für ein siegreiches England, unseren Staat der rechtmäßigen Frucht seiner militärischen Leistung zu berauben — einer Leistung, die verhältnismäßig viel größer denn die irgendeiner anderen britischen Kolonie war. Die dritte und — unserer Meinung nach — einzig annehmbare Bestimmung von Deutsch-Südwest im Fall des englischen Siegs ist, daß es zum Gebiet der südafrikanischen Union hinzugefügt wird."

Für ganz sicher scheint nun auch das Organ Bothas den Sieg der Verbündeten nicht zu halten. Denn es schreibt folgende eigentümlichen Sätze: „Das Kriegsgesetz, worunter dieser Artikel veröffentlicht wird, verbietet, in der Oeffentlichkeit die Möglichkeit anzunehmen, daß der Feind des britischen Reichs siegen sollte. Obendrein werden pessimistische Anschauungen über das Ergebnis des Weltkrieges als schreckliche Verkehrtheiten gebrandmarkt. Wir werden also nicht auf die Frage eingehen, welchen niederschmetternden Eindruck es auf Südafrika machen würde, wenn infolge einer für die Verbündeten ungünstigen Lösung der Kriegskrisis von Downing-Street (Auswärtiges Amt) an unsere Regierung das Ersuchen käme, Deutsch-Südwestafrika zu räumen! Die Reichsregierung hat ihr Vorhaben bekanntgegeben, keinen Frieden ohne vorherige Beratung mit den leitenden Ministern der Kolonien zu schließen. Unsere Kolonie wird also die Gelegenheit bekommen, der Regierung in Westminster den südafrikanischen Respekt auf den südafrikanischen Teil der allgemeinen Kriegssituation zu zeigen und auf die weitreichenden Folgen eines Friedensschlusses hinzuweisen, wobei die Gefühle der Bevölkerung der Union verletzt würden."

Der zitierte Artikel ist ein Ausdruck der unbehaglichen Stellung, die Botha zwischen zwei Stühlen einnimmt. Es ist vorauszusehen, daß in den Friedensverhandlungen die Gesamtlage für die Friedensbedingungen maßgebend sein und die Londoner Regierung diese Bedingungen dem Reichsinteresse entsprechend zu bestimmen suchen wird. Wenn hierbei eine Rückgabe von Deutsch-Südwest notwendig oder annehmbar erscheinen sollte, wäre Botha, der seinem Land für die Expedition so schwere Opfer zugemutet und einen Bürgerkrieg provoziert hat, der Blamierte. Es ist begreiflich, wenn er jetzt die Londoner Regierung an so etwas wie einen eroberungssüchtigen südafrikanischen Unionspatriotismus glauben machen möchte. Aber die Burenbevölkerung hat von Anfang an kein Hehl daraus gemacht, daß ihr die Expedition gegen Deutsch-Südwest höchst unsympathisch war. Daß sie jetzt Botha zuliebe umschwenken sollte, scheint wenig wahrscheinlich, da sie von der Einverleibung Deutsch-Südwests weder wirtschaftlich noch politisch profitieren würde.

Letzte Nachrichten.

Von der Tätigkeit der deutschen Seestreitkräfte.

Amtlich. Berlin, 23. August 1915. (W. T. B.) Am 16. August hat ein deutsches Unterseeboot am Eingang des Finnischen Meerbusens ein russisches Hilfsschiff durch einen Torpedoschuß versenkt.

Vor Zeebrügge ist in der Nacht vom 22. auf 23. August ein deutsches Vorpostenboot durch zwei feindliche Zerstörer angegriffen und nach tapferer Gegenwehr zum Sinken gebracht worden. Ein Teil der Besatzung konnte gerettet werden.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine.
gez. Behncke.

Ein schweizer Urteil über die italienische Kriegserklärung.

Bern, 23. August. (W. T. B.) Der „Bund" schreibt zum Kriege zwischen Italien und der Türkei: Zweimal ist Italien, von seinem militärischen Zweckstandpunkt aus betrachtet, in diesem Kriege zu spät gekommen: vielleicht kommen die Italiener heute zum dritten Male zu spät, selbst wenn, wie angenommen werden kann, die in Brindisi bereitgestellten starken Kräfte schon auf hoher See schwimmen, um die hoffnungslos zum Stillstand verurteilte Aktion der englisch-französischen Expedition zu entlasten und die Offensive gegen Konstantinopel vorzutragen. Daß dies jetzt geschieht, wo die deutsch-österreichische Offensive im Osten den ganzen polnischen Aufstellungsraum samt dem ersten Festungsring abgeräumt hat, ist kein günstiger Augenblick für die Entente, die aber immer noch hofft, daß die russische Widerstandskraft hinreiche, die Zentralmächte zu fesseln, sowie daß es der russischen Heeresleitung möglich sei, ungezählte Reserven in absehbarer Zeit an den Feind zu bringen. Wir halten das für eine optimistische Auffassung der Lage; tatsächlich ist die russische Hauptmacht ohne Zweifel in Gefahr, als Ganzes eingekreist oder vernichtet oder brockenweise zerrieben und ihrer vitalen Kraft beraubt zu werden.

Hochverratsprozeß in Oesterreich.

Wien, 23. August. (W. T. B.) Nach mehrwöchiger Dauer wurde der Prozeß gegen den Reichsratsabgeordneten Dimitri Markow, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Wladimir Kurnlowicz, ferner gegen den Advokaten Dr. Cyrill Czerlunczakiewicz aus Przemysl, Dr. Johann v. Drohomilecki aus Zloczow, einen Grundbesitzer und einen Schlossermeister und endlich gegen den Vertreter der „Nowoje Wremja" Dimitri v. Jantschewecki, sämtlich Angehörige der russischen nationalen Partei, beendet. Die Angeklagten wurden wegen Hochverrats und Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates zum Tode durch den Strang verurteilt.

Verhaftung von finnischen Landtagsabgeordneten.

Hgm. Stockholm, 23. August. Die Verhaftungen politisch führender Persönlichkeiten in Finnland werden in großem Umfange fortgesetzt. Eine Reihe sozialistischer Abgeordneter des finnischen Landtags sind in Helsingfors ins Gefängnis gebracht worden. Zahlreiche andere Abgeordnete aller Parteien sind auf schwedischem Gebiet eingetroffen, um einer Verhaftung durch die russischen Militärbehörden zu entgehen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Holzarbeiter im zweiten Quartal.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Glocke in der Generalversammlung der Berliner Filiale des Holzarbeiterverbandes am Freitag voriger Woche erstattete, geht hervor, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandes auch im abgelaufenen Vierteljahr unter dem Einfluß des Krieges stand. Wieder ist eine größere Zahl von Mitgliedern, darunter eine Anzahl Funktionäre, zum Militär einberufen. Von den Angestellten, Obmännern, Vertrauensmännern stehen jetzt 41 im Heere. Trotz der Verminderung der tätigen Mitglieder war die Verwaltung bemüht, das Verbandsleben nach jeder Richtung hin aufrechtzuerhalten. Die Kontrollkommission veranstaltete 1045 Werkstattsitzungen, zu denen 1550 Werkstätten geladen waren. Da die Zahl der im Betriebe befindlichen Werkstätten sowie die Zahl der Beschäftigten infolge des Kriegs erheblich zurückgegangen ist, waren die Werkstattsitzungen natürlich schwächer als sonst, im ganzen von rund 9000 Kollegen, besucht. — Im Laufe des Quartals wurden die Vorarbeiten getroffen für die Durchführung der am 1. Juli in Kraft getretenen vertraglichen Verkürzung der Arbeitszeit auf 50 Stunden in der Woche und einer dementsprechenden Lohnerhöhung. Während diese Vertragsbestimmung in den meisten Betrieben durchgeführt ist, hat eine Minderheit der Arbeitgeber die Neuerung nicht eingeführt, weil sie ihrer Angabe nach wenig oder gar keine Arbeit haben. Die Angelegenheit wurde vor die Schlichtungskommission gebracht. Der Arbeitgeberschutzverband wird seine Mitglieder auffordern, die Vertragsbestimmung durchzuführen. Wo das trotzdem nicht geschehen sollte, muß dann das weitere veranlaßt werden. Veranlaßt durch einen Antrag aus Mitgliederkreisen, haben die Verbandsvertreter in der Schlichtungskommission das Ersuchen um Gewährung von Teuerungszulagen gestellt. Die Arbeitgeber haben anerkannt, daß diese Forderung wohl berechtigt ist, aber sie konnten sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entschließen, ihre Mitglieder zur Gewährung von Teuerungszulagen zu veranlassen, da ein Teil derselben sich in einer ungünstigen Lage befände. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, sie würden ihr Möglichstes zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers tun, sie hätten auch nichts dagegen, wenn die Arbeiter in den Betrieben, wo die Verhältnisse es gestatten, besonders da, wo Kriegsarbeiten angefertigt werden, Teuerungszulagen fordern. Der Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie stellt sich also nicht auf den engherzigen Standpunkt des Verbandes der Bauunternehmer, der die Forderung und die Gewährung von Teuerungszulagen als Verstoß gegen den Tarif bezeichnet.

Die Mitgliederzahl hat sich infolge der Einberufungen zum Heere wieder vermindert, und zwar von 16 061 auf 15 308. Dem Rückgang der Mitgliederzahl entsprechend sind auch die Einnahmen zurückgegangen. Dagegen haben sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung wegen der geringeren Zahl der Arbeitslosen bedeutend vermindert. Für Unterstützungen wurden im zweiten Quartal insgesamt 19 305 M. ausgegeben. Davon kommen 14 943 M. auf Arbeitslosenunterstützung. Im ersten Quartal erforderte dieser Unterstützungszweig allein eine Ausgabe von 76 000 Mark. Während die Zahl der Arbeitslosen sonst vom ersten zum zweiten Quartal stets bedeutend stieg, ist sie diesmal ziemlich gleich geblieben. Sie belief sich am 1. April auf 805, am 1. Juli auf 896. Die höchste Arbeitslosenziffer im zweiten Quartal war 1600, die niedrigste 685. Gegenwärtig sind 694 Arbeitslose auf dem paritätischen Arbeitsnachweis eingetragen.

Zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten führte der Obmann der Korbmacher aus: Durch Inserat in der „Berliner Volksztg." sucht das Fröbelhaus Frauen und Mädchen, nicht unter 25 Jahre, die das Korbflechten erlernen sollen, um dann Kriegsbeschädigte in dieser Arbeit zu unterweisen. — Die Bestrebungen, die Kriegsbeschädigten für Berufsarbeiten auszubilden, sind natürlich anerkennenswert. Hier wird aber ein ganz falscher Weg eingeschlagen. Die Leute, die von den durch den Fröbelverein eben erst selbst unterwiesenen Damen zu Korbmachern ausgebildet werden, können das Handwerk nicht so erlernen, daß sie in demselben ihr Fortkommen finden. Die nach der Methode des Fröbelvereins ausgebildeten Kriegsbeschädigten werden von der Korbmacherei so wenig verstehen, daß sie nur als Heimarbeiter ganz elend bezahlte Arbeiten ausführen können. Gegen eine derartige Kriegsbeschädigtenfürsorge muß ganz entschieden protestiert werden, weil sie den Kriegsbeschädigten nicht hilft.

Neue Lohnfestsetzungen für Militärarbeiten.

Infolge vielfacher Klagen über zu schlechte Bezahlung von Halsbinden, Helmbezüge usw. ist von der Abteilung VI des Kriegsbekleidungsamts des Gardekorps ein Lohntarif nebst Lieferungsbestimmungen erlassen worden. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichnete Firma verpflichtet sich, sämtliche Halsbinden, Helmbezüge, Salzbeutel, Armbinden und das Aufnähen der Nummern und Buchstaben auf den Helm- usw. Bezügen nur im eigenen Betriebe oder durch von ihr unmittelbar beschäftigte und entlohnte Heimarbeiter usw. anfertigen bezw. ausführen zu lassen und an diese nicht mehr und nicht weniger als nachstehende Nählöhne zu zahlen für:

1 Halsbinde	15 Pf.
1 Helmbezug für Infanterie (neuer Art)	22 „
1 „ „ Artillerie „	22 „
1 „ „ Kürassiere „	23 „
1 Tschapkaüberzug	25 „
1 Tschakoüberzug	16 „
1 Armbinde (weiß)	2 „
1 Salzbeutel	2 „
Aufnähen der Buchstaben und Nummern für das Stück	1½ „

Diese Löhne sind reine Nählöhne, Zuschneiden und sonstige Vorarbeiten sind nicht einbegriffen.

Der Arbeitgeber liefert alle Materialien, die zur Herstellung notwendig sind, mit Einschluß des Nähgarns dem Arbeiter kostenlos.

Die Firma verpflichtet sich, jederzeit die auf diese Angelegenheit bezüglichen Geschäftsbücher und Geschäftspapiere dem Amte zur Einsicht vorzulegen.

Verstößt die Firma gegen eine der vorstehenden Bestimmungen, so kann ihr der Auftrag ohne jede Entschädigung entzogen werden."

Diese Lohnsätze gelten für die seit dem 15. August 1915 erteilten Aufträge; für früher erteilte Aufträge können sie dagegen nicht mehr in Anwendung gebracht werden.

Erfreulich an diesen Bestimmungen ist insbesondere die Vorschrift, die Arbeiten im eigenen Betriebe oder von unmittelbar beschäftigten und entlohnten Arbeitern anfertigen zu lassen. Das ist ein klares Verbot der Weitergabe der Arbeit an Zwischenmeister.

Deutsches Reich.

Die Kölner Gewerkschaften im ersten Kriegsjahr.

Nach einer im Juli d. J. vorgenommenen Feststellung sind bisher stark 16 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften in Köln unter den Fahnen oder rund 52 Proz. der am 1. Juli Vorhandengewesenen. Am stärksten sind an den Einberufungen verhältnismäßig die Fleischer beteiligt. Sie hatten bei Ausbruch des Krieges 125 Mitglieder, jetzt stehen 148 unter den Waffen, und infolge fleißiger erfolgreicher Werbearbeit ist auch noch ein guter Mitgliederbestand vorhanden. Von den Gärtnern sind 72 Proz. eingezogen, von den Dachdeckern 69, von den Brauern und Buchdruckereihilfsarbeitern je 65, von den Zimmerern 54, Gastwirtsgehilfen 57, Buchdruckern 50, Transportarbeitern 48, Metallarbeitern 47, Holzarbeitern 46, Bauarbeitern 41 und Fabrikarbeitern 34 Proz. Einen Mitgliederzuwachs von 61 Proz. hatten die Sattler. Der zurzeit insgesamt vorhandene Mitgliederbestand ist 11 500, hinzu die 16 000 Eingezogenen, sind 27 500. Da bei Ausbruch des Kriegs 31 866 Mitglieder vorhanden waren, ist ein Weniger von 4300 Mitgliedern zu verzeichnen, von denen wohl die Mehrzahl kurzsichtig genug war, der Organisation untreu zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist in Köln mit seiner starken Kriegsindustrie nur ganz gering. Während Anfang September v. J. 2758 arbeitslose Mitglieder festgestellt wurden, waren im Juli d. J. nur 108 Arbeitslose vorhanden. Natürlich spielen auch die bedeutenden Einberufungen bei der Entlastung des Arbeitsmarkts eine große Rolle. Seit Beginn des Kriegs zahlten die Kölner freien Gewerkschaften an Unterstützung 313 882 Mark, und zwar Arbeitslosenunterstützung 147 493 M., an Kriegerfamilien 147 033 M., sonstige Unterstützungen 19 356 M. Dabei sind die Einnahmen der Gewerkschaften um stark zwei Drittel niedriger als vor dem Kriege.

Ein eigenartiges Arbeitergesuch.

Die Großherzogliche Eisenbahndirektion Oldenburg sucht für 26 in ihrem Verwaltungsbereich liegende Orte Stationsarbeiter zu einem Tagelohn von 2,90 bis 3,20 M., steigend bis 108 M. monatlich; ferner wird den Verheirateten ein Mietszuschuß von 2 bis 6 M. monatlich und eine Kriegszulage von 20 Pf. täglich gewährt. Die Bewerber müssen gesund und dürfen nicht unter 16 und nicht über 40 Jahre alt sein. Ob die Bewerber etwa auch den Zivilversorgungsschein haben müssen, ist in der Bekanntmachung nicht gesagt. Der gebotene Tagesverdienst beträgt unter Zugrundelegung von monatlich 30 Arbeitstagen und Anrechnung der höchsten Zulagen nur zirka 3,50 M. Der ortsübliche Tagelohn in den in Frage kommenden Orten aber beträgt teilweise 4 M. und mehr. Wie der Ernährer einer Familie mit einem solchen Lohn sich und seine Familie ernähren soll, ist das Geheimnis der Großherzoglichen Eisenbahndirektion Oldenburg. In den Orten, für welche die Arbeiter gesucht werden, ist die Standardziffer für die wöchentliche Ernährung einer Familie (Mann, Frau und 2 Kinder) nach der Calwerschen Statistik 35—39 M. Geradezu Erstaunen muß es erregen, daß die zur Einstellung kommenden Arbeiter nicht über 40 Jahre alt sein dürfen. Eine sehr große Anzahl über 40 Jahre alter Arbeiter steht im Felde, um das Vaterland zu verteidigen. Werden sie für den Kriegsdienst als tauglich erachtet, so dürfen sie doch wohl auch den Dienst als Wagenschmierer, Türschließer usw. versehen können. Welches Gefühl muß diese Arbeiter übrigens beschleichen, wenn sie hören, daß nach ihrer Rückkehr aus dem Felde für sie keine Arbeit vorhanden ist, wenigstens nicht bei einer staatlichen Behörde, weil sie zu alt sind.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 308 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: 3. und 5. Garde-Regiment zu Fuß; Grenadier-Regiment Augusta. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2, 4, 9, 13, 26 (s. Inf.-Reg. Nr. 184), 49, 53, 56, 58, 59, 69, 78, 79, 84, 85, 86, 90, 93, 116, 128, 132, 143, 147, 161, 165, 168 (s. Inf.-Reg. Nr. 49), 169, 184, 331. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 5, 12, 26, 29, 56, 76, 110, 118, 205, 237, 250, 251, 256, 272. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 7, 18, 34, 57, 76. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 3. Besatzungs-Regiment Nr. 8 Posen (s. Inf.-Reg. Nr. 331). Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 13 (s. Inf.-Reg. Nr. 13). Landsturm-Infanterie-Bataillone: III Allenstein, V Darmstadt, Jülich, Lauban-Hirschberg, I Liegnitz, Woldenberg. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: Nr. 9 und 12 des 7. Armeekorps, 4. Oldenburg. Jäger-Bataillone: Nr. 6, 9 (s. Garde-Gren.-Reg. Augusta), 11. Radfahrer-Kompagnie der 41. Infanterie-Division. Maschinengewehr-Abteilung Nr. 10; 1. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des 1. und 2. des 14. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 108 (s. Inf.-Reg. Nr. 132).

Kavallerie: 1. Garde-Dragoner; 2. Garde-Ulanen; Regiment Nr. 86.

Feldartillerie: 1., 2. und 6. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 9, 16, 20, 21, 25, 26, 35, 36, 40, 47, 50, 55, 62 (s. Korpsschlächterei des 10. Armeekorps), 63, 66 (s. Feldart.-Reg. Nr. 80), 75, 79, 80, 82, 84, 200, 219, 237; Reserve-Regimenter Nr. 3, 22, 36, 62, 64, 70. Ueberplanmäßige Feldartillerie Thorn Nr. 1.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment; Regiment Nr. 4; Reserve-Regimenter Nr. 2, 3, 8; Reserve-Bataillone Nr. 21 und 22; Landwehr-Bataillon Nr. 4; Landsturm-Bataillon des 14. Armeekorps. Schwere Feldhaubitz-Batterie Nr. 251. Mörser-Bataillon Königsberg.

Pioniere: Regiment Nr. 36; Reserve-Kompagnie Nr. 43.

Train (s. auch Munitionskolonnen): Korpsschlächterei des 10. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Fuhrpark-Munitionskolonne Nr. 28/G; Landwehr-Artillerie-Munitions-Kolonne Nr. 1.

Armierungs-Bataillone.

* * *

Außerdem wird die Verlustliste Nr. 44 der Kaiserlichen Marine veröffentlicht.

Soziales.

Festsetzung der Ortslöhne.

Der Bundesrat hat, wie der gestern abend erschienene „Reichsanzeiger" mitteilt, die Frist, für welche die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne im ganzen Reich gilt, bis zum 31. Dezember verlängert.

Streitigkeiten wegen einer Teuerungszulage.

Die Markt- und Kühlhallengesellschaft hatte durch einen Aushang vom 3. August in ihrem Betriebe bekanntgegeben, daß sie ihren Arbeitern mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse eine Lohnzulage gewähre, deren Höhe nach der Leistung bemessen werde. Am 6. August folgte ein zweiter Aushang, der die Gewährung der Zulage bestätigte und der Erwartung Ausdruck gab, die Arbeiter würden durch treue Pflichterfüllung das Entgegenkommen der Firma anerkennen. Nachdem die Teuerungszulage für eine Woche ausbezahlt war, hörten am 7. August einige Arbeiter auf, denen für die drei Tage, wofür sie noch Lohn zu beanspruchen hatten, die Teuerungszulage nicht ausgezahlt wurde. **Einer der Arbeiter klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung der Teuerungszulage.** Die beklagte Firma lehnte die Zahlung ab, weil die Zulage bewilligt sei unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter ihre Stellung nicht verlassen würden.

Das Gericht sprach dem Kläger die Zulage für die drei Tage zu mit der Begründung: Die Handlungsweise des Klägers sei ja nicht schön gewesen, aber darüber habe das Gericht nicht zu befinden. Auf die Lohnzulage habe der Kläger einen Rechtsanspruch, denn sie sei ohne Vorbehalt gewährt worden. Daß die beklagte Firma bei der Gewährung der Zulage Erwartungen aussprach, komme juristisch nicht in Betracht.

Der Urlaub des Arbeiters.

Zwischen der **Branntweinbrennerei und Preßhefefabrik Möller** und dem **Fabrikarbeiterverband** besteht ein Tarifvertrag, der u. a. bestimmt, daß den Arbeitern nach zwölfjähriger Beschäftigungsdauer ein bezahlter Urlaub von drei Tagen zusteht. Ein Arbeiter, der vom 28. Juli 1913 bis 6. August 1915 bei der Firma beschäftigt war, hat den vertragsmäßigen Urlaub nicht erhalten und klagte deshalb beim Gewerbegericht auf **Lohnzahlung für drei Tage.** Der Vertreter der beklagten Firma meinte, er habe zur Erfüllung der Urlaubsverpflichtung Zeit gehabt bis zum 31. August; da das Arbeitsverhältnis vorher gelöst wurde, sei er der Verpflichtung ledig. Das **Gericht verurteilte** die Beklagte zur Zahlung des Lohnes für drei Tage, weil der Kläger beim Ablauf von zwei Jahren der Beschäftigung, also am 28. Juli 1915, Anspruch auf Urlaub hatte.

7,56 M. Wochenlohn!

Einen Wochenlohn von 7,56 M. — sage und schreibe: sieben Mark sechsundfünfzig Pfennige — erhielt, wie vor dem Gewerbegericht festgestellt wurde, eine jugendliche Arbeiterin bei der bekannten **Schokoladenfirma Stollwerck** in der Chausseestraße. Durch die Schuld der Firma war das Arbeitsbuch der betreffenden Arbeiterin verloren gegangen, sie konnte deshalb mehrere Wochen keine Arbeit finden; denn weder sie noch ihr Vater konnten die 50 Pf. flüssig machen, welche die Polizei für die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuches beansprucht. Das Gericht **verurteilte** die Firma Stollwerck, der Klägerin den Lohn für zwei Wochen (gleich 15,12 M.) und 50 Pf. für die Beschaffung eines neuen Arbeitsbuches zu zahlen.

Ob diese Arbeiterin wohl die einzige ist, die von der Firma Stollwerck einen so miserablen Lohn erhält? Wie mögen es die jungen Mädchen anfangen, sich bei den heutigen Teuerungsverhältnissen bei einer so geringen Entlohnung durchzuschlagen?

Gerichtszeitung.

Faule Eier.

Einen schwunghaften Handel mit — faulen Eiern hat der Eierhändler Hermann Berger betrieben, welcher gestern aus der Untersuchungshaft der Ferienstrafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde, um sich wegen Betruges im strafverschärfenden Rückfalle zu verantworten.

Der Angeklagte scheint ein Spezialist in dem Handel mit faulen Eiern zu sein, denn er ist bereits dreimal wegen derartiger als Betrug und Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz angesehener Verfehlungen vorbestraft. Rätselhaft ist es jedenfalls, wo der Angeklagte diese Unmengen fauler Eier herbekommen hat. In den jetzt zur Anklage stehenden Fällen hatte er allein 7 Schock vollständig in Fäulnis übergegangener Eier verkauft. Bei dem Verkauf ging er in der Weise zu Werke, daß er über die verdorbenen Eier eine Schicht guter Eier legte, so daß die Prüfung stets zur Zufriedenheit der Käufer ausfiel. — Der **Staatsanwalt** beantragte, da der Angeklagte den faulen Eierschwindel offenbar gewerbsmäßig betreibe, **1 Jahr Gefängnis.** Das **Urteil** lautete auf **9 Monate Gefängnis.**

Belagerungszustand und Krankenkassengesetz.

Der Maschinist A. H. in Lübeck hatte sich am Sonnabend vor der zweiten Strafkammer des dortigen Landgerichts wegen **Vergehens gegen den Erlaß des stellvertretenden kommandierenden Generals des 9. Armeekorps** zu verantworten. Der Erlaß lautet: „Wer eine Versammlung in einem geschlossenen Raume oder unter freiem Himmel usw. veranstalten will, hat hierzu mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung die Genehmigung der Polizeibehörde einzuholen. Die Genehmigung kann ohne Angabe von Gründen versagt werden. Die Entscheidung ist nicht anfechtbar. Zuwiderhandelnde gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft." Der Angeklagte hatte als Vorsitzender der Seefahrer-Krankenkasse in Lübeck durch Inserat im „Lübecker Volksboten" eine **Generalversammlung** der Kasse zum 21. Februar einberufen, die auch stattgefunden hat, und zwar, ohne die polizeiliche Genehmigung einzuholen. Das **Urteil** lautete auf **Freisprechung.**

Das Urteil dürfte auch in der letzten Instanz bestätigt werden, weil die durch spezielle Reichsgesetze zugelassenen oder vorgeschriebenen Generalversammlungen behördlichem Eingriff nur in den Grenzen der Reichsgesetze unterliegen, aber nicht einer im Verfolg des Belagerungszustandes eingetretenen Aufhebung des Vereinsgesetzes.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstagsfraktion und Parteiausschuß

haben sich in gemeinsamer Sitzung am 14., 15. und 16. August mit der Frage der Kriegsziele beschäftigt. Die Besprechung ist mit Referaten der Genossen David und Bernstein eingeleitet worden. Beide Referenten legten Leitsätze vor, die der Verhandlung zugrunde gelegt wurden. In getrennter Abstimmung wurden von beiden Körperschaften nachfolgende Leitsätze zur Friedensfrage beschlossen:

„In Wahrnehmung der nationalen Interessen und Rechte des eigenen Volkes und in Beachtung der Lebensinteressen aller Völker erstrebt die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden, der die Gewähr der Dauer in sich trägt und die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft führt. Demgemäß stellen wir folgende Richtpunkte für die Friedensgestaltung auf:

1. Die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches heischt die Abweisung aller gegen seinen territorialen Machtbereich gerichteten Eroberungsziele der Gegner. Das trifft auch zu für die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich, einerlei, in welcher Form sie erstrebt wird.

2. Zwecks Sicherung der wirtschaftlichen Entwickelungsfreiheit des deutschen Volkes fordern wir:

„Offene Tür", d. h. gleiches Recht für wirtschaftliche Betätigung in allen kolonialen Gebieten;

Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Friedensverträge mit allen kriegführenden Mächten;

Förderung der wirtschaftlichen Annäherung durch möglichste Beseitigung von Zoll- und Verkehrsschranken;

Ausgleichung und Verbesserung der sozialpolitischen Einrichtungen im Sinne der von der Arbeiterinternationale erstrebten Ziele.

Die Freiheit der Meere ist durch internationalen Vertrag sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist das Seebeuterecht zu beseitigen und die Internationalisierung der für den Weltverkehr wichtigen Meerengen durchzuführen.

3. Im Interesse der Sicherheit Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit im Südosten weisen wir alle auf Schwächung und Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und der Türkei gerichteten Kriegsziele des Vierverbandes zurück.

4. In Erwägung, daß Annexionen volksfremder Gebiete gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen und daß überdies durch sie die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur geschwächt und seine politischen Beziehungen nach außen dauernd aufs schwerste geschädigt werden, bekämpfen wir die darauf abzielenden Pläne kurzsichtiger Eroberungspolitiker.

5. Die furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die dieser Krieg über die Menschheit gebracht hat, haben dem Ideal eines durch internationale Rechtseinrichtungen dauernd gesicherten Weltfriedens die Herzen von neuen Millionen gewonnen. Die Erstrebung dieses Zieles muß als höchstes sittliches Pflichtgefühl für alle gelten, die an der Gestaltung des Friedens mitzuarbeiten berufen sind. Wir fordern darum, daß ein ständiger internationaler Schiedsgerichtshof geschaffen werde, dem alle zukünftigen Konflikte zwischen den Völkern zu unterbreiten sind."

* * *

Wir halten uns für verpflichtet, unseren Lesern mitzuteilen, daß wir aus den bekannten Gründen nicht den vollen Inhalt der von unseren Parteiinstanzen angenommenen Leitsätze mitteilen können. Die Red. des „Vorwärts".

Politische Uebersicht.

Volksernährungsfragen vor dem Reichstage.

Die Montagssitzung des Reichstages wurde von dem Präsidenten mit der Mitteilung eröffnet, daß ein Antrag der Regierung auf Vertagung bis zum 30. November eingelaufen ist. Darauf wurde das Gesetz über den Schutz der Krankenpflegertracht, ebenso das Gesetz auf Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und Aenderung der Wehrpflicht in zweiter und dritter Lesung debattelos angenommen.

Die Fortsetzung der Debatte über die Resolutionen und Anträge zur Volksernährung eröffnete der nationalliberale Abgeordnete Dr. Böhme. Er bemühte sich, die Landwirtschaft gegen Angriffe zu verteidigen, mußte aber im übrigen zugeben, daß die Verhältnisse auf einzelnen Gebieten der Lebensmittelversorgung äußerst bedenkliche seien. Die Bestrebungen auf Erhöhung der Getreidehöchstpreise sind nach seiner Auffassung nicht aus landwirtschaftlichen Kreisen gekommen; um so mehr sei es zu verurteilen, daß das preußische Landwirtschaftsministerium diese Forderung erhoben habe. Gleich als wollten der konservative Redner Arnstadt und der freikonservative Abgeordnete v. Gamp dieses Lob der Landwirtschaft widerlegen, wandten sich beide mit aller Entschiedenheit gegen eine Herabsetzung der Getreidehöchstpreise. Besonders Freiherr v. Gamp bemühte sich nachzuweisen, daß die Landwirtschaft am meisten während der Kriegszeit zu leiden habe. Er wärmte sogar in seiner mit allerlei Liebenswürdigkeiten gegen den Genossen Quarck gespickten Rede die Behauptung aus alten Tagen auf, daß an der Teuerung gerade die Parteien der Linken ihr gut Teil Schuld hätten. Genosse Segitz antwortete darauf mit einer ausführlichen Schilderung der Ernährungsverhältnisse in den breiten Massen. Besondere Beschwerden brachte er dabei über die Lebensmittelversorgung in Bayern vor. Seine durchaus sachkundige Darstellung suchte der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfleger vergeblich abzuschwächen.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Mehlration.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) In der Bekanntmachung der Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle vom 21. August (im „Vorwärts" veröffentlicht am Sonntag, den 22. d. Mts.) ist unter Absatz 2 die Mehlmenge, die täglich auf den Kopf der Zivilbevölkerung verbraucht werden darf, einschließlich der Zulage für die schwerarbeitende Bevölkerung auf 225 Gramm — nicht 250 Gramm, wie irrtümlich gemeldet worden ist — festgesetzt worden.

Die Städte zur Lebensmittelfrage.

Der Kriegsausschuß des Reichsverbandes Deutscher Städte (Verband der kleinen und mittleren Städte; Mitgliederzahl 176) tagte in Berlin und faßte folgende Beschlüsse:

Der Reichsverband hält es in der Lebensmittelfrage für erforderlich, daß die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 über die Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Preissteigerung ergänzt wird; damit das von dieser Verordnung erstrebte Ziel erreicht wird, angemessene Produzenten-Höchstpreise für die wichtigsten Lebensmittel des Massenkonsums, namentlich die landwirtschaftlichen Produkte (Fleisch, Milch, Eier, Butter, Gemüse, Kartoffeln usw.), sowohl für den Groß- wie für den Kleinhandel festsetzen zu können. Ferner deswegen, damit die Beschlagnahme und der Verkaufszwang für diese Lebensmittel durchgeführt werden können. Hierbei hält der Reichsverband Deutscher Städte es für selbstverständlich, daß die Erfahrungen des Vorjahres bezüglich der Dauerwarenbeschaffung nicht unberücksichtigt bleiben. Entsprechende Eingaben werden dem Bundesrat und dem Stellvertretenden Reichskanzler zugehen.

Der Bundesrat und der Reichskanzler sollen ferner u. a. ersucht werden: 1. Eine angemessene Erhöhung der Familienunterstützungen seitens des Reiches zu veranlassen. 2. Dafür Sorge zu tragen, daß mit der Erstattung der von den Lieferungsverbänden gemachten Auslagen begonnen wird, damit diese instand gesetzt und geneigt gemacht werden, auch ihrerseits den Familien der Kriegsteilnehmer größere Zuschüsse zu gewähren. 3. Für die Kriegshilfe für die Vertriebenen in Südtirol wird bei den Städten des Reichsverbandes eine Sammlung des Vorstandes veranstaltet werden. 4. An den Bundesrat und den Stellvertretenden Reichskanzler soll erneut eine Bitte um die unbedingt für erforderlich gehaltene Erhöhung des Verpflegungssatzes für Truppeneinquartierungen gerichtet werden.

Produzentenwünsche.

Der Landwirtschaftliche Kreisverein zu Winzig beschloß laut „Schlesischer Dorfzeitung" folgende Eingabe an den Herrn Reichskanzler:

„Die Beschlagnahme landwirtschaftlicher Produkte seitens des Staates bewirkt Eingriffe in unsern Beruf, welche wir als äußerst störend empfinden, aber doch im vaterländischen Interesse gern in Kauf nehmen. Die für unsere Produkte festgesetzten Höchtpreise sind aber zu geringe und den Verhältnissen nicht angemessen, denn die Ernteergebnisse sind infolge anhaltender Dürre und in Rücksicht auf Düngermangel und Wirtschaftserschwernisse erheblich geringer als in normalen Jahren, namentlich auf unserem leichten Boden. . . . Die Notlage des Futtermangels kann die Landwirtschaft nicht allein tragen. Wir beantragen: 1. Den Roggenpreis auf 24 Mark, 2. den Haferpreis auf 40 Mark pro Doppelzenter zu erhöhen, oder den Unterschied zwischen den Preisen der enteigneten landwirtschaftlichen Produkte und den Ersatzfuttermitteln auf Staatskosten zu übernehmen. Die Erhöhung des Roggenpreises ist gerechtfertigt, weil er als Erzeugnis des leichteren Bodens der Unterstützung besonders würdig ist. . . . Die Prüfung des landwirtschaftlichen Einkommens wird ergeben, daß unser Einkommen während des Krieges erheblich zurückgegangen (?), das erscheint bei dem auch sonst geringen Nutzen nicht angemessen, da die ganze Last der Ernährung unseres Volkes auf unseren Schultern liegt. Der Mangel an Kraftfutter nötigt uns, die Viehhaltung zu verringern, dadurch steigen später die Fleischpreise und damit (?) ist uns auch der Erwerb aus diesem Zweige der Landwirtschaft geschmälert, und der damit verbundene Düngermangel wird auf Jahre hinaus die Kultur und die Reinerträge herabsetzen. Nach dem Kriege wird auch der Mangel an Arbeitskräften sich besonders in der Landwirtschaft fühlbar machen. Es gilt, die Landwirtschaft ebenso zu schützen, wie den Verbraucher, sonst dürften sich Folgen einstellen, die die Königliche Staatsregierung nicht wünschen kann.

Der landwirtschaftliche Kreisverein Winzig."

Dieser Beschluß, der im übrigen für sich selbst spricht, kam auf Betreiben der führenden Ritterguts- und Domänenbesitzer, nicht der kleinen und mittleren Bauern zustande.

Die Regierung zum Zuckerwucher.

Auf die Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen in Sachen einer ausreichenden und billigen Versorgung der Bevölkerung mit Zucker hat der Staatssekretär des Innern unter dem 19. August folgendes geantwortet:

„Um zu verhindern, daß die für den Handel mit Verbrauchszucker festgesetzten Höchstpreise für die Verbraucher erst verspätet fühlbar werden, beabsichtige ich, Händlern, die bei Lieferungen nach dem 15. August 1915 auf den vor dem 22. Juli 1915 vereinbarten höheren Preisen bestehen und die Preise nicht auf die gesetzliche Höhe ermäßigen, die Bestände an Verbrauchszucker durch die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. fortnehmen zu lassen. Vor dem 22. Juli 1915 geschlossene Verkäufe an die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, an Likörfabrikanten, an Fabrikanten alkoholfreier Getränke und an Marmelade- und Kunsthonigfabrikanten sollen durch diese Maßnahmen nicht berührt werden.

Ich habe die Zuckerhändlervereine benachrichtigt und stelle ergebenst anheim, den Verbraucherkreisen von dem Inhalt meines Schreibens Kenntnis zu geben.

Im Auftrage gez. Kautz."

Diese Maßnahme kann, wie der Kriegsausschuß schreibt, mit Genugtuung begrüßt werden. Auf seine Anzeigen hin, die er auf Wünsche aus Handelskreisen veranlaßt hatte, sind auch vor dem 22. Juli Zuckervorräte, für die unverhältnismäßig hohe Preise verlangt wurden, durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft bei Großhändlern beschlagnahmt worden, obwohl bis dahin Höchstpreise für den Großhandel nicht bestanden. Jetzt sind die erforderlichen Grundlagen für ein geregeltes Vorgehen gegen den Zuckerwucher geschaffen worden. Die für Handel und Verbraucher gerechteste und sicherste Regelung erblickt der Kriegsausschuß allerdings in der Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel, denn die von ihm im ganzen Reiche angestellten Erhebungen über die Zuckerpreise im Kleinverkauf hätten eine ständige Aufwärtsbewegung erkennen lassen. Es sei fraglich, ob die Großhandelspreise dieser Tendenz Einhalt gebieten könnten.

Presse und Lebensmittelwucher.

Eigenartige Ansichten über die Aufgaben der Presse im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher wurden in einer Sitzung der Erfurter Handelskammer geäußert. Der Berichterstatter über diesen Punkt, ein Herr North, Rudelfabrikant und Inhaber eines Landesproduktengeschäfts, gab wohl zu, daß gewissenlose Personen jetzt die Notlage des Volkes zu ihrem Vorteil ausnützten, aber es müßten auch die vielen Schwierigkeiten bei der Lebensmittelbeschaffung berücksichtigt werden. In diesem Punkte aber sündige die Presse, die Einzelerscheinungen verallgemeinere, und so zur Beunruhigung der Bevölkerung beiträgt. Ein anderer Redner, ein Vertreter des Kleinhandels, ging noch weiter. Er meinte, falls die Presse sich nicht eine Reserve auferlege, sei es notwendig, alle über die Lebensmittelversorgung handelnden Artikel unter Zensur zu stellen. Und der stellvertretende Syndikus der Kammer, Dr. Seemann, meinte, daß es für Laien überhaupt schwierig sei, ein Urteil über die Preisbildung zu fällen. Deshalb sei es bedenklich, wenn gedankenlose Behauptungen über den Lebensmittelwucher verallgemeinert würden. Vor Erhebung von Anklagen gegen angebliche Wucherer sei eine genaue Prüfung durch Sachverständige nötig.

Es wurde schließlich eine Eingabe an den Bundesrat beschlossen, in der die Einsetzung eines aus Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft bestehenden Ausschusses beantragt wird, der bei der Festsetzung von Höchstpreisen mitwirken soll; vor Erhebung einer Anklage müßte ein Sachverständigen-Gutachten eingeholt werden.

Gleitende Höchstpreise.

In Elberfeld werden von der städtischen Verwaltung nunmehr Kartoffelhöchstpreise festgesetzt, die von Woche zu Woche nach Anhörung des Kartoffelhandels neu bestimmt werden. Für die Zeit vom 23. bis 30. August sind je nach Qualität 38 bis 40 Pf. für 6 Pfund zu zahlen. Da die Stadt selbst Kartoffeln zum billigsten Marktpreise vertreibt — an Minderbemittelte mit Einkommen unter 2400 M., die Lebensmittelbezugskarten erhalten, zum Einkaufspreise — ist sie in der Lage, die Preise günstig zu beeinflussen.

Pressezensur.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse berichtete Chefredakteur ten Brink-Berlin über die Preßaufsicht. In der Erörterung wurden (laut Voss. Ztg.") von den Vertretern der einzelnen Landesverbände die mit der Preßzensur gemachten Erfahrungen bekanntgegeben, und schließlich wurde ein Antrag ten Brink angenommen, in dem es heißt:

„Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse sieht sich genötigt, festzustellen, daß die Unzuträglichkeiten, insbesondere der häufige Mangel an Einheitlichkeit in den Verfügungen der Preßaufsichtsstellen, noch immer nicht behoben sind. Die Delegiertenversammlung beauftragte den geschäftsführenden Ausschuß, auf Grund der in der Kriegszeit gesammelten Erfahrungen möglichst bald auf die Schaffung eines Kriegszustandsgesetzes hinzuwirken, das die Rechte und Pflichten der Presse in unzweideutige Bestimmungen faßt."

Zur Regelung der Heimarbeit.

Das Bureau für Sozialpolitik und die Auskunftsstelle für Heimarbeitsreform haben in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, dem Verband der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.), der Polnischen Berufsvereinigung, dem Ständigen Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen und der Gesellschaft für soziale Reform dem Bundesrat sowie den Militärbehörden zwei Eingaben zur Regelung der Heimarbeit eingereicht.

Uns wird hierüber geschrieben:

Angesichts der großen Vermehrung der Heimarbeit und des starken Einströmens von Kriegerwitwen und Kriegsinvaliden in die Heimarbeit sind schnelle Maßnahmen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes, das 1911 geschaffen, aber in seinen wichtigsten Punkten noch nicht in Kraft ist, mehr denn je notwendig. Erforderlich ist namentlich die Einführung von Lohnbüchern und Lohnlisten und die Errichtung von Fachausschüssen, von denen wenigstens in bescheidenem Umfange eine Besserung und vor allem Klärung der Lage erhofft wird. Die Eingabe I nimmt auch Stellung gegen die Ausführungsverordnungen zu den Fachausschüssen, die in einer den ausdrücklichen Erklärungen der Reichsregierung gegenüber der Reichstagskommission entgegenlaufenden Weise den Kreis der als Vertreter der Hausarbeit zulässigen Personen einengt, so daß heimarbeitssachkundige Persönlichkeiten, also namentlich Arbeitersekretäre, die dem Gewerbe nicht angehörten oder angehören, von der Mitarbeit in den Fachausschüssen als Vertreter der Hausarbeiter ausgeschlossen sind.

Die Eingabe II befaßt sich mit der Regelung der Heimarbeitslöhne bei öffentlichen Lieferungen. So vorbildlich manche namentlich von den Militärbehörden geschaffenen Einrichtungen sind, so läßt doch leider vielfach die Durchführung Lücken, was namentlich darauf zurückzuführen ist, daß die Hausarbeiter nicht genügend über die von den Behörden festgesetzten Löhne unterrichtet sind. Zum Zwecke eines möglichst lückenlosen Lohnschutzes für die Heimarbeiter wird die tunlichste Ausschaltung unproduktiver Zwischenpersonen, die Bevorzugung tariftreuer Firmen, in tariflosen Gewerben die Festsetzung der Stücklöhne durch die maßgebenden Behörden und Veröffentlichung der Löhne durch Aushängung gefordert.

Landtagsersatzwahlen in Preußen.

Bei der Landtagsersatzwahl in Züllichau-Krossen wurde an Stelle des gefallenen Abgeordneten Gamp-Oblath der Rittergutsbesitzer Assessor Busse auf Klein-Heinersdorf, zurzeit im Felde, einstimmig gewählt. — Der frühere fortschrittliche Landtagsabgeordnete August Bilstein ist in Altenvörde nach langen schweren Leiden gestorben. Bilstein vertrat den Wahlkreis Hagen von 1910 bis 1912 im preußischen Abgeordnetenhause. Er war 1847 in Börde geboren, wo er als Fabrikbesitzer bis zu seinem Tode tätig war.

Kriegsbekanntmachungen.

Warnung.

Berlin, 23. August. (W. T. B.) Es wird darauf hingewiesen, daß in letzter Zeit verschiedentlich feindliche Agenten versucht haben, die Stellung von Truppenteilen dadurch zu ermitteln, daß sie sich — besonders auch durch Fernsprecher — angeblich im Auftrage höher stehender Persönlichkeiten bei Familien nach deren im Felde befindlichen Angehörigen sowie nach dem Truppenteil und Aufenthaltsort erkundigt haben. Es wird daher dringend davor gewarnt, in solchen Fällen irgendwelche Auskunft zu erteilen, vielmehr muß versucht werden, durch sofortige Anfrage bei dem betreffenden Fernsprechamt festzustellen, von welcher Stelle aus die Anfrage erfolgt ist. Alle auf diesen Zweig der Spionage bezüglichen Wahrnehmungen sind ferner ungesäumt den Polizeibehörden mitzuteilen.

Preise der Lebensmittel in Groß-Berlin.

Wie sehr die Lebensmittelpreise im Kleinhandel gestiegen sind, dafür können die bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend in ihren Verkaufsstellen gezahlten Preise als Maßstab dienen. Es versteht sich von selber, daß auch die Konsumgenossenschaft der allgemeinen Preissteigerung des abgelaufenen Kriegsjahres sich nicht hat entziehen können. Eine Vergleichung der jetzt im August 1915 gezahlten Preise mit denen vom August 1914 ergibt bei den meisten Lebensmitteln eine Preissteigerung, bei manchen eine mäßige, bei vielen aber eine sehr beträchtliche. Wie weit die Steigerung geht, zeigt die folgende Zusammenstellung einer Auswahl wichtigster Lebensmittel. Am 15. August 1914 und am 15. August 1915 wurde bei der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend pro Pfund gezahlt (in Pfennig) für:

	1914	1915
Tafelbutter	140	220
Margarine (mehrere Sorten)	80—90	130—140
Bratenschmalz	72	210
Siedeschmalz	70	156
Heringe (2 Stück)	18	11
Geräucherter Lachs	160	240
Büchsenfleisch	112	120
Thüringer Fleischwurst	120	200
Feine Leberwurst	140	200
Landleberwurst	120	200
Zwiebelleberwurst	60	120
Berliner Mettwurst	110	240
Polnische Wurst	120	240
Thüringer Rotwurst	80	160
Beste Salamiwurst	200	300
Roher und gekochter Schinken	180	300
Schinkenspeck	150	260
Fetter und magerer Speck	120	220
Pflaumenmus	30	50
Salz	11	12
Lange weiße Bohnen	24	60
Kleine weiße Bohnen	20	54
Riesenerbsen	22	56
Geschälte Erbsen	25	58
Halbe Erbsen	20	54
Grüne Erbsen	18	54
Gerösteter Kaffee (5 Sorten)	144—192	160—200
Bayerischer Malzkaffee	25	40
Gebrannte Gerste, Ia	20	60
Guter Kakao	120	260
Schokoladenpulver	100	160
Bayerischer Bierkäse	80	120
Limburger Käse	50	100
Romatourkäse	60	120
Schweizer Käse	110	160
Tilsiter Käse	90	140
Buchweizengrütze	25	30
Feine und mittlere Graupen	22	60
Kälberzähne	18	50
Haferflocken, II	25	60
Feine und grobe Hafergrütze	25	32
Hafermehl, amerik., präpariert	32	40
Hafermehl, G. E. G.	58	58
Hausmachernudeln (2 Sorten)	40—50	60—70
Roggenmehl, 0/1	14	24
Weizengrieß, I	22	40
Hartweizengrieß, II	22	40
Weizenmehl (3 Sorten)	18—22	26—30
Speiseleinöl	80	160
Patnareis	26	60
Rangoonreis	22	60
Zucker (Melis)	21	28

Hier sind fast ausnahmslos Steigerungen zu verzeichnen. Niedriger als im vorigen Jahr war der Preis nur bei Heringen, doch kann da auch die Verschiedenheit der Größe zu Preisunterschieden führen. Bei den Fettwaren, den Fleisch- und Wurstwaren, den verschiedenen Sorten Käse, bei den Hülsenfrüchten, den Mühlenfabrikaten, bei Kakao, Kaffee, Kaffeesurrogaten, Zucker, Salz — überall sehen wir eine Preissteigerung. Meist stieg der Preis auf das 1½—2fache, in einzelnen Fällen bis zum 3fachen des früheren. Am ärgsten war in den zwölf Monaten die Steigerung bei Siede- und Bratenschmalz, bei Zwiebelleberwurst, Berliner Mettwurst, Polnischer Wurst, Thüringer Rotwurst, bei Bohnen und Erbsen aller Sorten (Linsen führt die Konsumgenossenschaft schon lange nicht mehr), bei Limburger und Romatourkäse, bei Graupen aller Sorten und Haferflocken, bei Reis, bei Kakao und Gerstenkaffee.

Aus Groß-Berlin.

Die Hebammengebühren.

Wir haben kürzlich eine Mitteilung des Reichsamtes des Innern veröffentlicht, in der dargelegt wird, daß die an Kriegerfrauen gewährte Reichswochenhilfe von 25 M. zugunsten der Wöchnerinnerinnen gewährt werde und nicht ausschließlich den Hebammen zufließen soll. Diese Deklaration war sehr erwünscht, weil tatsächlich Hebammen auf die vollen 25 M. Anspruch erhoben. Anspruch haben aber die Hebammen lediglich auf die ihnen zustehenden Gebührensätze, die von den 25 M. bestritten werden sollen. Jetzt erläßt der Polizeipräsident eine Bekanntmachung folgenden Inhalts:

„Verschiedene Vorkommnisse veranlassen mich, hiermit in Erinnerung zu bringen, daß für die Hebammen eine Gebührenordnung besteht. Durch Vereinsbeschluß haben sich die Hebammen von Groß-Berlin zwar verpflichtet, den durch die Zeitverhältnisse verursachten Schwierigkeiten vieler Frauen in weitgehendem Umfange Rechnung zu tragen. Sie haben aber zweifellos einen Anspruch auf die ihnen zustehenden Gebühren auch während der Kriegszeit, sobald Zahlungsfähigkeit, sei es der Wöchnerin, sei es der Krankenkasse oder anderer öffentlicher Einrichtungen besteht. Wenn auch die Reichswochenhilfe nicht als Entschädigung für die Mühewaltung der Hebammen bestimmt ist, so gehören die von der Hebamme zu beanspruchenden Gebühren doch auch zu den durch die Beihilfe zu deckenden Unkosten, die durch die Entbindung entstehen. Sofern über die Höhe der von der Hebamme beanspruchten Gebühren Zweifel entstehen, empfiehlt es sich, die Entscheidung des zuständigen Kreisarztes zu beantragen."

Die Hebammen erklären in öffentlichen Zuschriften:

„Leider haben in dieser Zeit gerade die Hebammen nachgewiesenermaßen über mangelhafte Bezahlung zu klagen. Kein Mensch nimmt einmal öffentlich das Wort zum Schutze der Hebammen, die häufig ebenfalls Kriegerfrauen und immer die Ernährer ihrer Familie sind. Wir bedauern, daß der Ausschuß für Mütter- und Säuglingsfürsorge des Zentralkomitees vom Roten Kreuz die etwaigen Ueberforderungen nicht an den Herrn Polizeipräsidenten weitergegeben hat, dann wären unberechtigte Forderungen nachdrücklichst beseitigt worden. Die Bezahlung nach der Gebührenordnung muß aber doch verlangt werden. Niemand hilft unbezahlte Hebammenhilfe beitreiben. Häufig lehnt der Magistrat die Bezahlung ab, und Wöchnerinnen, die die Reichswochenhilfe bekommen, verbrauchen oft das Geld, ohne die Hebamme zu bezahlen. In anderen Fällen müssen die Wöchnerinnen selbst monatelang warten, ehe sie überhaupt die Reichswochenhilfe erhalten, und ob sie dann für die Hebammen etwas übrigbehalten, das müssen diese auch noch abwarten."

Sehr bemerkenswert in der öffentlichen Erklärung der Hebammen ist die Behauptung, daß Wöchnerinnen **monatelang** warten müssen, ehe sie die Reichswochenhilfe erhalten. Soweit die Krankenkassen zahlen müssen, geht die Erledigung der Ansprüche wohl prompter vor sich, als wenn die Stadtgemeinde in Anspruch genommen wird. Darauf scheint auch die Angabe der Hebammen hinzuzielen. Eine größere Beschleunigung täte hier wirklich not.

Die Berliner Brotkartengemeinschaft.

Aus dem Rathause wird berichtet: Zu Beginn des Sommers hat eine große Anzahl von Ortschaften in der Umgebung Berlins dringend gebeten, die Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft möge ihnen das Mehl erstatten, dessen sie für die Berliner Ausflügler bedürften. Die Brotkartengemeinschaft ist diesen Wünschen soweit irgend tunlich entgegengekommen, und so hat die Groß-Berliner Brotkarte in den Ausflugsorten rege Verwendung gefunden. Es ist begreiflich, daß jetzt bei Ablauf des Sommers den Ausflugsorten die Vergünstigung minder begehrenswert erscheint. Groß-Berlin seinerseits hat mit ihr eine beträchtliche Last auf sich genommen. Es muß immer wieder betont werden, daß alle Kräfte der Groß-Berliner Gemeinden und besonders die der Zentralstelle auf das stärkste angespannt sind, um die Brotregelung für das eigentliche großstädtische Gebilde in befriedigendem Gang zu halten. Man vergegenwärtige sich, daß für eine mehrwöchige Brotkartenperiode bis zu 25 Millionen Brotkarten und Zusatzbrotkarten herzustellen, an die Groß-Berliner Gemeinden, an die Brotkommissionen, die Hausbesitzer und schließlich an die einzelnen Familien zu verteilen, daß viele Hunderte von Millionen Brotkartenabschnitte zu kontrollieren und durch Mehl zu begleichen sind. Die nächste Zeit wird noch eine beträchtliche Steigerung der Arbeit bringen, weil die Erhöhung der Mehlportion auf 225 Gramm in die Tat umgesetzt werden muß; insbesondere gilt es, die Zusatzbrotkarten so auszugestalten und auszudehnen, wie es dem Interesse der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung entspricht. Insoweit deshalb den Ausflugsorten die Einseitigkeit des gegenwärtigen Zustandes unerwünscht erscheint, könnte nur der Verzicht auf die Begünstigung des Ausflüglerverkehrs in Frage kommen; eine Ausdehnung der Brotkartengemeinschaft auf alle diese Orte erscheint weder möglich, noch liegt sie im Bedürfnis.

Vom Kriegsrennen.

In Hoppegarten arbeitet der Totalisator an den Renntagen ununterbrochen. Der Toto ist das Ideal der Hoppegartenbesucher. Am Sonntag betrug der Umsatz am Toto rund 650 000 M.; Eintrittsgelder erreichten die Höhe von 36 000 M. Von der herrschenden Not scheinen die Rennbesucher wenig berührt zu werden.

Eine auf fünf Tage unterbrochene Feuerbestattung

hat in den Kreisen der Feuerbestattungsfreunde Aufsehen erregt. Der Kriegsfreiwillige Wilhelmi aus Wiesbaden war im Kreis-Krankenhaus Köpenick gestorben und sollte seiner Anordnung gemäß im Treptower Krematorium eingeäschert werden. Die Verwandten waren aus der Heimat zu dem Trauerakt erschienen. Der Treptower Gemeindevorstand verweigerte aber die Erlaubnis zur Einäscherung, da die vom Standesamt Köpenick ausgestellte Sterbeurkunde nicht genüge, eine solche müsse von dem Standesamt des letzten Wohnortes ausgestellt werden. Als die verlangte Urkunde nach fünf Tagen eintraf, konnte die Einäscherung vor sich gehen, die Eltern und sonstigen Verwandten des verstorbenen Kriegers waren inzwischen wieder in die Heimat abgereist. Bei Erdbestattungen verstorbener Krieger genügt stets die standesamtliche Sterbeurkunde.

Verlegung der Geschäftszimmer der Feldzeugmeisterei.

Die Geschäftszimmer der Feldzeugmeisterei einschließlich Zentralabteilung, Inspektion der technischen Institute der Infanterie, Inspektion der technischen Institute der Artillerie und Artilleriedepot-Inspektion sind von Mitte August 1915 ab vom Kaiser-Franz-Grenadier-Platz Nr. 11—12, SO 16, nach Berlin W. 15, Lietzenburger Str. Nr. 18—20, verlegt worden. Fernsprecher: Amt Steinplatz Nr. 12 981 bis 12 987.

Die Traindepot-Inspektion verbleibt vorläufig in den Räumen Dresdener Str. Nr. 52—53. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 4675 und 4676. Telegrammadressen bleiben dieselben. (S. Erlaß vom 14. Januar 1915. A. V. Bl. S. 16.)

Die Brotgetreideversorgung des Kreises Teltow.

Der Landrat v. Achenbach macht bekannt, daß der Antrag des Kreises auf Selbstwirtschaft mit Brotgetreide von der Zentralbehörde nicht genehmigt worden ist. Es bleibt demnach bei der alten Regelung. Nachdem der Kreisausschuß ferner davon abgesehen hat, das Brotgetreide auf eigene Rechnung zu erwerben, tritt die Reichsgetreidestelle als Käufer des Brotgetreides der neuen Ernte im Kreise auf. Es sind der Reichsgetreidestelle als Aufkaufskommissionäre vorgeschlagen und bestätigt worden: 1. die Firma R. Helfft u. Co. in Berlin NW 7, Unter den Linden 52, 2. die Firma Max Sabersky in Berlin W 9, Linkstr. 41. Alle beschlagnahmten Brotgetreidemengen der neuen Ernte dürfen nur an diese Kommissionäre oder deren Beauftragte veräußert werden. Der Aufkauf des Getreides durch andere, dazu nicht berechtigte Personen oder der Verkauf von Getreide an Unberechtigte ist strafbar. Die Verteilung des Mehles an die Gemeinden geschieht durch den Lagerhalter, die Weizenmühle Karl Salomon u. Co. in Berlin O 17, Mühlenstr. 8.

Der Einbrecher im Schlafzimmer.

Eine unheimliche Nacht hatte eine Frau am Marheinekeplatz in dem Hause Nr. 12. Als sie sich vorgestern abend in ihrem nach der Straße zu an einem Vorgarten gelegenen Schlafzimmer zur Ruhe legte, ließ sie ein Fenster auf. Sie tat das öfter und glaubte, es unbedenklich tun zu können, weil der Vorgarten ein Eisengitter hat und die Fenster der Wohnung im hohen Erdgeschoß 2½ Meter über Straßenhöhe liegen. Für den 40 Jahre alten „Spezialisten" Karl Schultze aber, der sich „Arbeiter" nennt, in Wirklichkeit aber lediglich davon lebt, daß er durch offene Fenster einsteigt und stiehlt, waren weder der Zaun noch die Höhe der Fenster ein Hindernis. Erst kürzlich wieder aus dem Zuchthause entlassen, trieb sich Schultze ohne Wohnung umher und spähte nach Gelegenheiten aus. Als er sie in der vergangenen Nacht am Marheinekeplatz fand, stand er bald im Schlafzimmer vor dem Bett der Frau, die ihre Handtasche über eine Stuhllehne gehängt und darüber ein Kleidungsstück gelegt hatte. Die Frau erwachte halb durch einen unbestimmten Vorgang, glaubte auch im Dunkeln gegen das Fenster zu eine menschliche Gestalt wahrgenommen zu haben, dachte aber, als alles ruhig blieb, daß sie sich geirrt habe, und versuchte weiter zu schlafen. Noch im Halbschlummer aber nahm sie plötzlich wahr, daß ihre erste Beobachtung doch richtig gewesen war. Denn jetzt erkannte sie, daß ein Mann gerade dabei war, zum Fenster hinauszusteigen. Sie rief um Hilfe und, als der Mann das Fenster nach außen hin verlassen hatte, „Halt ihn, halt ihn!" hinter ihm her. Da kam gerade der Unteroffizier Mischke vom Rekrutendepot des Augusta-Regiments daher gegangen. Er übersah gleich die Lage, verfolgte den Mann, packte ihn und übergab ihn der Polizei. Der unverbesserliche Einsteigedieb, der jedesmal gerade in Schlafzimmer eindringt, hatte die Handtasche der Frau erbeutet. Sie enthielt u. a. das Portemonnaie mit 40 M. Der Ertappte konnte nicht leugnen und wurde von der Kriminalpolizei wieder einmal dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Spielklub ist in Schöneberg aufgelöst worden, in welchem dem Roulettespiel gefrönt wurde.

Einen herben Verlust hat der Wahlverein Neukölln durch den Tod des Genossen Max Douceur erlitten, der jahrelang bei jeder Parteiarbeit zur Stelle war. Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde statt.

Am 20. August verstarb in Neukölln der Genosse Robert Köppen, der seine ganze Kraft der Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt hatte. Es gab keine Arbeit, vor der er zurückschreckte, immer war er bestrebt, den Aufstieg der Arbeiterklasse herbeizuführen. Mißliche wirtschaftliche Verhältnisse und Verstimmungen in der letzten Zeit nahmen ihm den ferneren Lebensmut. Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Verloren. Am Mittwoch, den 18. d. Mts., ist in Pankow bei Ebersbach, Berliner Str. 102, ein Damen-Regenschirm stehen geblieben, der Finder wird gebeten, diesen in der „Vorwärts"-Spedition Mühlenstr. 30 abzugeben.

Kleine Nachrichten. Am Sonntagabend gegen ½8 Uhr wollte ein Herr Eugen Pahlke vor dem Hause Müllerstr. 148 kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 24 das Gleis überschreiten. Dabei wurde P. umgestoßen und geriet unter den Vorderperron, wurde jedoch von der Fangvorrichtung aufgenommen. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster hatte sich Pahlke eine Kopfwunde und einen Bruch des rechten Armes zugezogen. Der Verunglückte wurde nach dem nahen Paul-Gerhardt-Stift gebracht. — In der Nacht zu Montag gegen ½1 Uhr fuhr ein Straßenbahnzug der Linie 47 (Richtung Neukölln) gegen die Vorderplattform eines die Kreuzung an der Ecke des Moritzplatzes und der Oranienstraße passierenden Zuges der Linie 29, wobei der angefahrene Triebwagen und der Beiwagen des Zuges der Linie 47 aus den Schienen sprangen. Personen wurden nicht verletzt. Die beiden entgleisten Wagen wurden alsbald wieder eingegleist, so daß eine Störung nicht entstand. — Andauernde Krankheit hat den 56 Jahre alten Holzbildhauer Ottomar Tilger vom Kottbuser Ufer 27 in den Tod getrieben. — Zu einem Zusammenstoß eines Geschäftswagens mit einem Straßenbahnwagen kam es am gestrigen Montagnachmittag gegen 4 Uhr an der Ecke der Greifswalder und Kurischen Straße. Dort bog ein Fuhrwerk der Firma Ernst Rom, Köpenicker Straße, kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 162 auf das Gleis und wurde angefahren. Infolge des Anpralles stürzten der Kutscher und die neben ihm sitzende Frau Auguste Welsing vom Bock herab. Während der Kutscher mit einer leichten Verletzung an der Wange davon kam, erlitt Frau W. eine klaffende Kopfwunde. Sie mußte in besinnungslosem Zustande nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht werden.

Parteiveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Die nächste Zusammenkunft der Jugendsektion findet am Mittwoch, den 25. August, abends 8½ Uhr, im Jugendheim, Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 76, Hof parterre, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen H. Duncker. Auch die älteren Genossen und Genossinnen können daran teilnehmen.

Neukölln. Mittwoch Spielpartie auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft. Treffpunkt 2 Uhr am Wildenbruchplatz (Elsensteg).

Friedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 25. August, abends 8½ Uhr, im kleinen Saale des Kaiser-Wilhelm-Gartens statt. Tagesordnung: Bericht von der Frauenkonferenz und der Kreiskonferenz.

Frauenleseabende.

Waidmannslust. Mittwoch, den 25. August, abends 8½ Uhr, im Bergschloß. Vortrag der Genossin Reichert.

Eingegangene Druckschriften.

Jahrbuch 1914 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 2 M., geb. 2,50 M. Selbstverlag des Verbandes, Berlin SO. 16.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV.** Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

O. P. 28. Krampfadern, untauglich; Hauterkrankung, untauglich. Nachmusterung ist nicht ausgeschlossen. — **E. B. 82.** 1. Da der Hauswirt das Vorpfändungsrecht hat, so müssen Sie die Sachen freigeben. In beiden Fällen werden Sie, wenn Sie nicht auf den Lohn Beschlag legen lassen können (eine Pfändung des Lohnes kann nur in den Teil desselben erfolgen, der 2000 M. jährlich übersteigt!) nichts machen können. — **No. 12.** An das Militärbureau des Magistrats, Waisenstr. 27. — **A. W. 67.** Rückerstattung der Invalidenbeiträge erfolgt nicht mehr. Das Reichsgericht hat damit gar nichts zu tun. Eine weitere Verfolgung der Sache ist völlig aussichtslos. — **G. K. 24.** Sollten Ihnen die Sachen gepfändet werden, so müssen Sie beim Gericht dagegen intervenieren unter Vorbringung der Beweismittel, daß die Sachen Ihr Eigentum sind. Der Hauswirt kann allerdings nach dem Kriege die Forderung geltend machen. — **E. B. O.** 1. Eine Verordnung besteht darüber nicht, es ist nur der Wunsch geäußert worden, daß jeder Soldat Urlaub bekommen sollte. 2. Darüber können wir nichts Bestimmtes angeben. — **P. R. 4.** Landsturmpflichtig, Krampfadern. — **O. R. 15.** 1. Es kann hierfür der Lohn gepfändet werden. 2. Sie können als freiwilliger Selbstzahler sich weiter versichern. Ueber die Höhe Ihres Anspruches entscheidet das Kassenstatut. — **K. K. 7.** Wenn sich der Betreffende durch Unterschrift verpflichtet hat, wird er für die Kosten aufkommen müssen. Ist bei ihm nichts zu pfänden, so können natürlich die Kosten nicht eingetrieben werden. — **E. H. 12.** Sie sind verpflichtet, die Abzahlungen weiter zu leisten. — **Abonnent 1895.** Nervenleidend, garnisondienstfähig. — **Blank 73.** 1. Ja. 2. Aus der Vorladung kann kein Beweis hergeleitet werden. — **F. J. 164.** Nichtmitglieder haben keinen Anspruch auf höhere Wöchnerinnenunterstützung. — **E. T. 73.** Wenn Kündigung am 15. nicht erfolgt ist, muß auch für den folgenden Monat noch die Miete gezahlt werden. — **F. G. 100.** Die Frau hat Anspruch auf Kriegsrente für sich und ihre Kinder. — **H. L. 55.** Landsturm ohne Waffe, Armierungssoldat. — **J. 1.** 1. und 2. Das wissen wir nicht, darüber befindet die Militärbehörde. — **K. 100.** Das Testament ist nur gültig, wenn Sie eigenhändig den ersten Teil und Ihre Frau eigenhändig den zweiten Teil geschrieben und unterschrieben haben. Das Testament können Sie im Hause aufbewahren. — **E. S. 1.** Wir empfehlen Ihnen, sich mit Ihrer Anfrage an das „Hebammeninstitut für Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam", Berlin NW, Schumannstr. 21/22, zu wenden. **F. B. 100.** Sie haben Anspruch auf 25 M. für die Entbindungskosten und auf Wochengeld von 1 M. täglich (einschl. der Sonn- und Feiertage) für 8 Wochen; außerdem auf Stillgeld in Höhe von 50 Pf. täglich bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. — **P. L. 12.** 1. und 2. Ja.

Reichstag.

16. Sitzung vom Montag, den 23. August, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück.

Der Gesetzentwurf betr. den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege wird debattelos in dritter Lesung, der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und Aenderungen der Wehrpflicht in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung über die Resolutionen der Budgetkommission und die dazu vorliegenden sozialdemokratischen Anträge zur Frage der

Volksernährung.

Abg. **Böhme** (natl.):

Dem Staatssekretär gegenüber stelle ich fest, daß Wünsche auf Erhöhung der Getreidepreise von keiner landwirtschaftlichen Organisation laut geworden sind. Vielleicht meinte er damit die amtliche Vertretung der Landwirtschaft in Preußen. Wir freuen uns, daß es den sozial gerichteten Mitgliedern des Bundesrats gelungen ist, den Plan des preußischen Landwirtschaftsministers zu vereiteln. Angesichts der gesteigerten Produktionskosten sind die Getreidepreise mäßig zu nennen. Dagegen sind die Preise für Futtermittel ganz außerordentlich hoch. Der kleine Landwirt, der einen verhältnismäßig hohen Viehstand hat, befindet sich daher in einer üblen Lage. Schädlich ist auch für diese kleinen Landwirte die Art, in der die Kleie verteilt wurde. Geradezu unbegreiflich ist, daß man die Beschlagnahme der Futtergerste auch für die kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe angeordnet hat. In der Kommission haben wir Höchstpreise für Saatgut beantragt. Mit Hilfe von Sachverständigen ließe sich das sehr gut durchführen. In bezug auf die Kartoffeln hat der Reichstag einschließlich der Rechten den Antrag angenommen, eine Beschlagnahme vorzunehmen, falls die Preise sich so ungeheuerlich weiter gestalten, wie es im April dieses Jahres geschehen ist. Im Sinne dieses Antrages sollte man vorgehen, und zwar zeitig, falls ähnliche Verhältnisse sich wieder entwickeln sollten. — Ganz unleidlich ist auch, daß man dem Wildschaden nicht energisch entgegentritt. Die Kommunalverbände sollten sich der kleinen Mühlen mehr annehmen, die keineswegs teurer vermahlen als die großen. — Ganz außerordentlich leidet jetzt der Hopfenbau. Vielleicht ist es möglich, für den ausgefallenen Export Ersatz durch Ausfuhr nach neutralen Ländern zu schaffen. — Schließlich gebe ich noch dem Wunsche Ausdruck, gegen den Wucher aufs schärfste vorzugehen, eventuell mit neuen Gesetzen. (Bravo!)

Abg. **Arnstadt** (k.)

wendet sich gegen den sozialdemokratischen Wunsch auf Ermäßigung der Höchstpreise, da den Landwirten die Produktionskosten erheblich vergrößert seien; vor allem sind die Futtermittel verteuert, für die geradezu Phantasiepreise gefordert wurden. — Bei der Beschlagnahme der Gerste sollte man den kleinen Besitzern 20 Zentner belassen, damit sie ihr Vieh durchhalten können. — Die große Preisspannung zwischen Korn und Brot ist nicht gerechtfertigt; es ist nötig, daß die Konsumenten billigeres Brot erhalten. Gewiß sind die Brotpreise bei uns hoch, aber im feindlichen Auslande sind sie noch höher.

Ueber hohe Kartoffelpreise kann man gegenwärtig wohl nicht mehr klagen. Die Ausführungen des Abg. Quarck über die angeblich künstlich erzeugte Verteuerung des Schweinefleisches zeugen von Unkenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Allzu rosig geht es den Landwirten wahrhaftig nicht. Alle Parteien sind sich einig, daß wir auch im zweiten Kriegsjahre durchhalten können. Es gilt, der Teuerung nach Kräften zu steuern und dem Wucher entgegenzutreten. Durchhalten müssen wir auf alle Fälle. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. **v. Gamp** (Rp.):

Die Teuerung ist unbestreitbar. Ich begreife aber die Vorwürfe gegen die Landwirtschaft nicht, denn die Landwirtschaft hat beträchtliche Opfer gebracht, nicht nur der kleine Landwirt, sondern auch der Großgrundbesitzer. Die von Herrn Quarck gegen den sächsischen Landeskulturrat erhobenen Vorwürfe waren geradezu unqualifizierbar (Unruhe bei den Sozialdemokraten), fast könnte man meinen, sie seien wider besseres Wissen gemacht (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten), aber Herr Quarck versteht das wohl nicht besser; daß dagegen auch Herr Gothein, der doch ein feiner Mann sein will (Heiterkeit), solche Vorwürfe erhebt, ist verwunderlich. — Bedauerlich ist, daß die Mehlpreise nicht herabgesetzt werden sollen; die Kriegsgetreidegesellschaft scheint doch nicht so billig arbeiten zu können, wie man gehofft hat. — Die bedauerlichen Preissteigerungen sehr vieler Produkte sind in erster Reihe auf den Großhandel zurückzuführen. Solchem Treiben müßte durch Festsetzung von Höchstpreisen entgegengetreten werden. An der Fleischteuerung ist nicht zum mindesten auch die starke Abschlachtung von Schweinen schuld, die wir Ihnen, meine Herren (nach links) verdanken. (Widerspch links.) Eine Mast schwerer Schweine ist in Zukunft ausgeschlossen, wenn keine Futtermittel da sind, zumal man dem Landwirt jetzt auch noch die Gerste nimmt. Der Abg. Quarck sagt, mit aller Energie muß für billige Fleischpreise gesorgt werden. Damit ist aber nichts gesagt; und wenn sich der Abg. Quarck auf den Kopf stellt (Heiterkeit), wird es nicht anders. Höchstpreise helfen auch nicht. Auch würden diese ja noch für den Reichen das Fleisch verbilligen, was keineswegs nötig ist. Die Gemeinden sollten genötigt werden, bestimmte Mengen von Fleisch und Fett aufzukaufen und ihren Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Vor allem sollte man den

Fleischkonsum zwangsweise einschränken;

wie die katholische Kirche jeden Freitag und an vielen weiteren Fasttagen den Fleischgenuß verbietet, so könnte auch in der ganzen Nation wöchentlich ein Fasttag eingeführt werden. Ein zu großes Opfer wäre das sicherlich nicht. — Den Lebensmittelwucher verurteilt die Rechte ebenso wie Herr Quarck, und Gesetzentwürfen, die diesen Wucher unter Strafe stellen, würden auch die Konservativen zustimmen. — Den notleidenden Familien der Krieger muß man helfen; aber nicht alle Familien der Krieger leiden Not. Die Arbeiterfamilien auf dem Lande leiden nicht Not, dort sorgt der Großgrundbesitz für sie. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Auch in der Großindustrie wird den Familien vielfach der Lohn des Mannes gezahlt. (Abg. Pfannkuch [Soz.]: Das ist doch selbstverständlich!) Auch ich halte das für selbstverständlich; aber bei diesen Familien kann man nicht von Not sprechen. Wirklich notleidend sind die Frauen der eingezogenen kleinen Gewerbetreibenden.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis

erörtert die Ursache für die hohe Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen. Im Frieden kauft der Händler nur, wann er will, aber die Reichsgetreidestelle muß kaufen, wenn sie Angebote von den Landwirten erhält, und sie muß das Getreide viele Monate hindurch lagern. Dadurch entstehen hohe Lagerkosten. Der Wille des Reichstags geht dahin, vom August dieses bis zum August nächsten Jahres einen gleichmäßigen Mehlpreis zu haben. Will man das erreichen, dann muß man natürlich die gesamten Unkosten während des Jahres in Rechnung stellen. Sollte es sich zeigen, daß die Reichsgetreidestelle die Mehlpreise zu vorsichtig kalkuliert hat, dann wird selbstverständlich eine Herabsetzung des Preises erfolgen.

Abg. **Segitz** (Soz.):

Ich darf natürlich nicht den Verdacht aussprechen, daß die Behauptungen des Abg. Gamp übertrieben sind, aber ich kann ihm versichern, daß es außerhalb des Hauses Leute gibt, die seine Behauptung als recht unglaubwürdig betrachten. (Heiterkeit.) Der Abg. Gamp hat verschiedene Vorschläge zur Abhilfe gemacht, er hat u. a. gemeint, die Gemeinden sollten verpflichtet werden, bestimmte Fleischvorräte anzusammeln und zu einem bestimmten Preise an die Bevölkerung abzugeben. Das tun die Gemeinden jetzt schon, aber leider werden sie für den Verlust nicht entschädigt. Er hat weiter zur Einschränkung der Fleischnot letzten Endes empfohlen

Fleischnottage

einzuführen und er hat hingewiesen auf die katholische Kirche, die ja auch Fasttage eingeführt hat. Er vergißt nur, daß diese Fasttage einen ganz anderen Zweck haben als den, den Konsumenten den Fleischgenuß abzugewöhnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er weiter auf Oesterreich hinweist, wo man sich damit hilft, daß an zwei Tagen in der Woche kein Fleisch und keine Fleischnahrung verkauft werden darf, so vergißt er, daß der, der das Geld hat, sich für diese beiden Tage Vorräte ankaufen kann. Diese Bestimmung kann umgangen werden; nur wer kein Geld hat, der darbt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. Graf Westarp den Lebensmittelwucher möglichst einschränken will, dann genügt es nicht, daß er schärfere Strafen empfiehlt, sondern dann muß er in wirtschaftlicher Richtung tätig sein, und das kann er am besten durch Zustimmung zu den sozialdemokratischen Anträgen. Die Klagen des deutschen Volkes, besonders der werktätigen Bevölkerung über die unerhörte Steigerung aller unentbehrlichen Nahrungsmittel sind berechtigt. (Sehr richtig! links.) Daß auch verfehlte Maßnahmen der Regierung die Preisbewegung ungünstig beeinflussen, ist eine bekannte Tatsache. Im Magistrat von Nürnberg wurde am vergangenen Donnerstag mitgeteilt, daß abermals die Mehlpreise erhöht werden, und zwar von 24 auf 26 Pf. Ich vermute, diese Ankündigung der abermaligen Erhöhung beruht auf einer Ministerialentschließung des bayrischen Ministeriums vom 7. August, in der mitgeteilt wird, daß ein Weizenpreis von 41,50 M. ab Station angemessen sei. Wenn dieser Preis angemessen ist und dazu noch Fracht, Mahllohn und sonstige Spesen kommen, dann kann es gar nicht einmal bei der jetzt angekündigten Erhöhung der Mehlpreise bleiben, sondern dann wird die Erhöhung weiter gehen und sie wird auch eine Steigerung des Brotpreises nach sich ziehen. Diese Mitteilung wurde dem Magistrat am Vormittag gemacht und schon am Abend kündigte die Fleischerinnung eine Erhöhung der Fleischpreise u. a. der Schweinefleischpreise um 25 Pf. an. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Industriestadt wie Fürth bedeutet das, daß Hunderte von Familien aus der Reihe der Fleischkonsumenten ausscheiden und ihren Fleischverbrauch ganz erheblich einschränken müssen. (Sehr richtig! links.) Man darf weiter nicht vergessen, daß die Erhöhung der ersten Höchstpreise jetzt bei dem Verbot der Verfütterung von Brotgetreide eine Erhöhung der Schweinepreise, in deren Verlauf eine Erhöhung der Schweinefleischpreise nach sich ziehen wird.

Wo soll das enden?

An diesen Erscheinungen dürfen wir nicht achtlos vorübergehen, wenn wir nicht einmal ganz unangenehme Ueberraschungen erleben wollen. Es handelt sich auch nicht nur um die hohen Brotpreise, auch bei allen anderen Nahrungsmitteln, Reis, Milch, Gerste, Hafer, Zucker sind die Preise kolossal gestiegen, zum Teil um 200 bis 300 Proz. Bei Kartoffeln werden jetzt noch 8 Pf. für das Pfund verlangt und bezahlt, Heringe kosten bis zu 30 Pf. das Stück gegen 10 Pf. vor dem Kriege, frische Eier werden mit 14 Pf. bezahlt. (Lebhafte Zurufe: Mit 18!) Die Schuhmacherinnung in Nürnberg hat jetzt für Besohlen von Stiefeln 6,50 M. festgesetzt, vor dem Kriege kostete das 3 M. Wenn die Konsumvereine nicht so gut organisiert wären, so wären die Preise mancher Lebensmittel noch stärker gestiegen.

Die Kaufkraft des Geldes ist seit Kriegsausbruch mindestens um 50 Proz. gesunken, ohne daß eine Erhöhung der Arbeitslöhne festzustellen ist. In Not sind auch die Staats- und Gemeindebeamten und die Privatbeamten. Es sollte nach Möglichkeit dahin gewirkt werden, daß auch die Privatbeamten von ihren Unternehmern entsprechende Aufbesserungen bekommen. Ebenso müssen wir für die Unfall-, Alters- und Invalidenrentner bei der gesunkenen Kaufkraft ihrer Renten etwas tun.

In einzelnen Kreisen ist freilich nichts von einer Notlage zu spüren, in gewissen landwirtschaftlichen Gegenden scheint der Krieg sogar besonders günstige Verhältnisse geschaffen zu haben. Der in Stettin kommandierende General v. Bietinghorst erwiderte auf Eingaben der Gewerkschaften, auch der christlichen, die ländliche Bevölkerung merke die Teuerung am wenigsten, sie verbrauche nicht weniger Mehl als im Frieden. Diese Aeußerung verdient bekannt zu werden, denn träfe sie zu, so stände es um die Achtung der Bundesratsverordnungen in Pommern sehr schlimm. Weiter sagte der General:

am sorglosesten sind in dieser Zeit die Leute, die in Lohn und Brot stehen

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und besonders die auf dem Lande. Sie verdienen fast das Doppelte, denn ihr Deputat ist dasselbe geblieben und sein Wert hat sich infolge der Teuerung verdoppelt. Auch in den Städten haben sich die Löhne bis zu 50 Proz. erhöht; in Stettin gibt es Arbeiter, die für 15, 20 und mehr Mark pro Tag nicht arbeiten wollen." Der General bedenkt gar nicht, daß das Deputat für die Leute nicht ausreicht, daß sie noch zukaufen müssen, auch kann eine Familie nicht nur von Getreide und Kartoffeln leben. Was er über die Stettiner Arbeiter sagt, kann keineswegs zur Beurteilung der sozialen Lage der Arbeiter dienen, es kann sich da lediglich um vereinzelte Fälle handeln. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Bayern ist bekanntlich aus der Reichsgetreidestelle ausgetreten. Eine sehr wunderbare Erfahrung haben wir in Bayern mit den Höchstpreisen gemacht, die bayerische Staatsregierung verbietet nämlich, daß sie unterschritten werden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und macht sie also zu Mindestpreisen. Wir haben daher bedeutend höhere Getreidepreise als das übrige Deutschland. Ferner werden bei uns Zuschläge zu den Höchstpreisen erhoben, ein Zuschlag für Lagergebühr, ein Zuschlag für Buchführung usw. Diese Zuschläge erreichen eine ganz absonderliche Höhe, 63 Pf. für den Zentner, das ist 88 mehr als zulässig. Sämtliche Kommunalverbände in Bayern lassen sich vom Sack Mehl ein bis zwei Mark bezahlen. Die Konsumenten müssen alle diese höheren Abgaben in Form von höheren Mehl- und Brotpreisen tragen. Welche Erregung diese Maßnahmen in allen Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien hervorgerufen haben, beweist der Umstand, daß die Petition des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Bayerns an den Reichstag in einigen Tagen über 300 000 Unterschriften gefunden hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 9. Juli erklärte der Ministerialdirektor Dr. Braun, wenn die Getreideernte nur den Ertrag des letzten zehnjährigen Durchschnitts ergibt, und wenn das Getreide bis zu 70 Proz. ausgemahlen wird, dann würde soviel übrig bleiben, daß die Brotrationen pro Kopf und Tag auf 300 Gramm festgesetzt und die stärker arbeitenden Schichten noch mit einem Zusatz bedacht werden können. Nun haben wir jedenfalls einen Ernteertrag, der den Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre übersteigt, es könnte also jetzt schon die Brotration pro Kopf und Tag auf 300 Gramm erhöht werden. Aber die Reichsgetreidestelle hat nur eine Erhöhung von 25 Gramm pro Tag und Kopf beschlossen und eine weitere Erhöhung nach einigen Monaten in Aussicht gestellt. Nach meiner Ueberzeugung könnte jetzt schon ohne jede Gefahr das Kontingent auf täglich 300 Gramm erhöht werden. Gegen die Halunken, die Wucher mit den Lebensmitteln treiben, kann nicht scharf genug vorgegangen werden. Ebenso muß alles geschehen, um der Lebensmittelteuerung Einhalt zu gebieten. Ich möchte Sie dringend bitten, unseren Anträgen zuzustimmen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Pfleger** (Z.)

mahnt zum Abwarten mit den Maßnahmen für Kartoffeln, bis die Ernte zu übersehen ist. Ein Kartoffelpreis von 5 M. sei keineswegs zu hoch. Warnen müsse man auch vor der Wiederholung des unregelmäßigen, preissteigernden Aufkaufens durch die Gemeinden. In Bayern sind die Höchstpreise für Getreide um 7 M. für den Zentner herabgesetzt worden, was besonders die mittleren und kleinen Landwirte trifft. Der Redner wendet sich dann den Verhältnissen der Hopfenbauern zu. Falls für Malz nicht Höchstpreise festgesetzt würden, würde noch mehr Wucher getrieben werden. Es sei bedauerlich, daß der Bundesrat zur Informierung über bayerische und süddeutsche Verhältnisse nicht auch bayerische Interessenten herangezogen hat. Der bayerische Arbeiter braucht eben Bier, da könne man reden, was man wolle. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) Von denjenigen, die die Kriegsgetreidegesellschaft als unentbehrlich reklamiert hat, sind 80 Prozent felddienstfähig. (Hört! hört!) Weitere Ausführungen über die Konfession dieser Leute will ich im Interesse des Burgfriedens nicht machen. — Segitz hat sich beschwert, daß das Mehl in Bayern nicht einheitlich sei. Solche Klagen bestehen aber auch da, wo die Kriegsgetreidegesellschaft ihren Bereich hat resp. hatte. Daß in Bayern die Konsumenten schlechter stehen, wie anderwärts, trifft nicht zu. Im ganzen aber steht fest, daß wir mit den Nahrungsmitteln in Deutschland gut durchgekommen sind und auch weiter gut durchkommen werden. Landwirtschaftliche und industrielle Bevölkerung haben ihre Pflicht getan und werden weiter durchhalten. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr (vorher der Gesetzentwurf über die Vertagung des Reichstages).

Schluß 7 Uhr.

Heeresfragen

in der Haushaltskommission.

Berlin, 23. August. Amtlicher Bericht.

Die Haushaltskommission fuhr heute in der Erörterung der Heeresfragen fort. Von mehreren Seiten wurde eine Reihe von Einzelbeschwerden vorgebracht, die den Mitgliedern des Reichstags aus dem Felde und von Angehörigen des Heimatheeres zugegangen waren. In der Hauptsache handelte es sich dabei um unangemessene Behandlung von Untergebenen, Urlaubs- und Besoldungsfragen. Ueber die Verwendung der Kontributionsgelder äußerte sich der stellvertretende Kriegsminister auf eine entsprechende Anfrage dahin, daß sie in der Hauptsache für die Verwaltung des besetzten Landes und zur Beschaffung von Verpflegungs- und Genußmitteln zur Besserstellung der Feldtruppen in dieser Beziehung verausgabt wurden. Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über die Kriegsbesoldungsvorschrift ein. Von einem Kommissar des Reichsjustizamts wurde die Berechtigung der Vorschrift von der staatsrechtlichen Seite begründet; ein Kommissar des Kriegsministeriums gab eine Erklärung, wie die Gehaltssätze der Kriegsbesoldungsvorschriften zustande gekommen sind. Stellvertretender Kriegsminister und Reichsschatzsekretär äußerten sich dahin, daß an der rechtlichen Grundlage der Vorschrift nicht gezweifelt werden könne. Vom Reichsschatzsekretär wurde zugegeben, daß manche Bestimmungen der Kriegsbesoldungsvorschrift revisionsbedürftig seien, tatsächlich werde auch an einer Revision der Vorschrift gearbeitet, solange der Krieg dauert. Dringend notwendige Aenderungen, insbesondere wo es sich um Ungerechtigkeiten handelte, seien auch erfolgt, eine grundsätzliche Aenderung der Vorschrift sei während des Krieges undurchführbar, das müsse einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Zur Frage der vorschriftswidrigen Behandlung Untergebener äußerte der stellvertretende Kriegsminister sich dahin, daß solche, wie auch von anderen Seiten zugegeben wurde, in letzter Zeit seltener geworden seien. Zu einem von zwei Seiten vorliegenden Antrag, den jüdischen Feldgeistlichen die gleiche Aufwandsentschädigung wie den Feldgeistlichen der christlichen Konfessionen zuzubilligen, wurde vom Regierungstisch erklärt, daß diese Angelegenheit voraussichtlich eine befriedigende Lösung finden werde.

Von den zahlreichen Anregungen aus der Mitte der Kommission sei nur diejenige erwähnt, die auf eine allgemeine Erhöhung der Verpflegungssätze für die Mannschaften der immobilen Formationen hinzielte.

Stimmen der Parteipresse zur Kanzlerrede.

Das „Hamburger Echo" nimmt folgende Stellungnahme:

Ein stolzes Programm! Seine Verwirklichung würde die europäische Staatengemeinde, das Nebeneinanderleben der Nationen ohne Herrschaft der einen oder Unterwerfung der anderen, bedeuten. . . .

Nun aber, da der Kanzler mit gutem Recht der Zuversicht auf den Sieg Deutschlands Ausdruck gegeben und zugleich verkündet hat, daß das Deutsche Reich ein Hort des Friedens und der Freiheit den großen und den kleinen Nationen sein wolle und werde, sagen wir, daß diese Kundgebung um so mehr draußen Glauben finden wird, als Deutschland selbst im Innern ein Hort der Freiheit werden wird.

Dem kindlichen Gedanken an eine ewige Zeit süßen „Burgfriedens" unter den Parteien und Klassen geben wir uns natürlich nicht hin; ebensowenig denken wir daran, daß künftighin die Kämpfe weniger entschieden geführt werden. Aber Freiheit verlangen wir in dem Sinne, daß nicht die Bewegungsmöglichkeit der einen Partei eingeschränkt und der anderen aller Spielraum gelassen werde. Dazu fehlt noch sehr viel. Nicht in Gesetzen allein, auch in deren Handhabung kommt der einen Staat beseelende Geist zum Ausdruck.

Von einer Wandlung der inneren Verhältnisse Deutschlands hat der Kanzler, der vor einem Jahr von einer Neuorientierung der Politik als einer Notwendigkeit sprach, diesmal nichts gesagt. Da seine Rede in der Hauptsache den Beziehungen zum Ausland galt, mag er dies in der Absicht unterlassen haben, in kürzester Frist auch dies Thema eingehend zu behandeln.

Es ist eine Notwendigkeit, daß es geschieht, und zwar in gründlicher Art. Die Klugheit, die Bethmann Hollweg bisher bei seiner Haltung in der äußeren Politik gezeigt hat, wird auch von denen

anerkannt, die einzelnes zu tadeln hatten. Nun ist aber die Zeit, daß auch das innere Programm in den Hauptzügen bekanntgegeben werde; zu sorgliche Zurückhaltung wäre keine Klugheit mehr.

Kritisch bemerkt die „Leipziger Volkszeitung“:

Von Wichtigkeit und erheblicher Bedeutung für die Gegenwart sind die Stellen der Kanzlerrede, die das Kriegsziel zwar nicht ganz unverhüllt, aber doch ziemlich deutlich durchblicken lassen. Der Kanzler erklärt, Deutschland müsse seine Stellung so ausbauen, daß die andern Mächte nie wieder daran denken könnten, es einzukreisen, Europa könne nur durch eine starke, unantastbare Stellung Deutschlands zur Ruhe kommen. Mit diesen Sätzen, über deren Sinn kein Zweifel walten kann, hat Herr von Bethmann-Hollweg offenbar seinen Frieden mit den Nationalliberalen und den Vertretern der großen Wirtschaftsverbände geschlossen. Die weitere Erklärung, es sei die Freiheit der Meere zu erringen, vervollständigt das Bild, das man sich von der Stellung der deutschen Regierung in dieser Frage machen kann.

Die Rede des Kanzlers hat starken Beifall im Reichstag gefunden, die Parole des Durchhaltens, die den Beschluß bildet, wird dort ebenso gebilligt, wie das Kriegsziel, das er aufgestellt hat. Die bürgerlichen Parteien stehen offenbar einhellig hinter ihm, wenn sie ihn nicht schon noch weiter in seiner Richtung vorwärtsdrängen.

Und die Sozialdemokratie? Dies Kapitel können wir jetzt nur sehr kurz behandeln. Die Mehrheit der Fraktion hat sich für die Bewilligung der neuen Kriegskredite entschlossen. Und Genosse Dr. David wird ihr Sprecher in der Reichstagsdebatte sein. Das besagt genug. Wir müssen uns damit begnügen, es festzustellen. Die Geschichte wird urteilen.

Beifällig äußert die „Chemnitzer Volksstimme“:

Aber auch wer sich gewaltsam zwingt, die Freude über die Kriegsereignisse einmal ganz auszuschalten, um ganz ruhig objektiv die Rede des eichskanzlers zu betrachten, wird sagen können, daß sie gut war. Dreiviertel der Rede sind noch heute, wo der Reichskanzler, wenn er wollte, sich auf das Recht des Siegers und auf dieses allein stützen könnte, immer noch dem Beweis gewidmet, daß Deutschland nicht der Friedensstörer war. Auch das danken wir dem Kanzler, daß er ausdrücklich auch dem englischen Volke keine Schuld am Kriege beimißt. Das englische Volk ist getäuscht worden, genau wie das französische und das russische getäuscht worden ist.

Wir wissen natürlich, daß alle Beweise für die Friedensliebe des Kanzlers in gewissen Kreisen damit werden widerlegt werden, daß er immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Kriegszielen Deutschlands gegeben habe. Aber auch hier sind nunmehr die ersten Andeutungen bezüglich des Schicksals ... doch schon gefallen. Wir glauben, daß sie eine Basis bilden für eine Verständigung auf einer Grundlage, die nicht der Stimmung der Konservativen und der Rechtsnationalliberalen entspricht. Hoffen wir, daß bald der Moment kommt, wo die Diskussion über die Kriegsziele auch nach Meinung der Regierung freigegeben werden kann, und wo man dann offen sagen kann, was die Parteien des Reichstages trennt, und was sie vereinigt. Nur aus einer offenen Aussprache kann die Verständigung hervorgehen. Es gilt, die Annexionsfanatiker auszuschalten; wie dies geschehen kann, das haben wir so oft betont, daß Wiederholung zwecklos wäre.

Die „Dresdener Volkszeitung“ bemerkt:

Was der Kanzler sonst über die Kriegsziele sagte, war so unbestimmt, wie die Probleme vielgestaltig sind, die der Krieg zur Lösung hat. Deutlich wurde Bethmann nur dort, wo er sich für die Freiheit des Meeres, das bisher von England beherrscht worden sei, einsetzte. Im übrigen müsse Deutschland seine Stellung „so ausbauen, festigen und stärken, daß die Mächte niemals wieder an eine Einkreisungspolitik denken“. Ein Satz, der von den bürgerlichen Parteien mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, während wir Sozialdemokraten darauf warten, von Bethmann zu hören, wie diese Art der Sicherstellung Deutschlands verwirklicht werden soll. Der Kanzler, der nach seinen Worten zu schließen, nicht von den alldeutschen Absichten einer Vorherrschaft Deutschlands in Europa besessen ist, weiß wie wir, daß auch nach diesem Kriege, wie immer er auch ausgehen möge, starke Völker neben Deutschland bestehen werden und daß eine abermalige Einkreisung Deutschlands nur vermieden werden kann durch einen Frieden, der eine Verständigung mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

Das wäre das eine Moment, das die Sozialdemokratie auch zur neuen Kanzlerrede zu betonen hätte. Eine andere Forderung ergibt sich aus seinen Schlußworten; der Kanzler sagte: „Dieser Krieg hat es an den Tag gebracht, welcher Größe wir fähig sind, gestützt auf die eigene sittliche Kraft. Die Macht, die uns die innere Stärke gibt, können wir nach außen nur im Sinne der Freiheit gebrauchen.“ Dieser Vorsatz des Kanzlers ist erfreulich, aber die Volksmassen Deutschlands ersehnen, daß diese selbe Stärke nach dem Kriege vor allem nach innen im Sinne der Freiheit gebraucht werde.

Die „Fränkische Tagespost“ kommt zu folgendem Urteil:

Bedauerlich ist es nur, daß der Kanzler trotzdem keine Zeit gefunden hat, unzweideutig zu erklären, wie sein bekanntes Wort über die realen Garantien, das bekanntlich von den Annexionspolitikern in ihrem Sinne ausgenutzt wird, zu deuten ist. Ebenso wollen wir wünschen, daß seine Andeutungen von der Anbahnung freiheitlicher Zustände im Innern möglichst bald zur Wahrheit werden mögen.

Alles in allem war es eine von stolzem Selbstbewußtsein und starker Siegeszuversicht getragene Rede, die ihre Wirkung auf die fast vollzählig erschienenen Reichstagsabgeordneten nicht verfehlt hat und darüber im ganzen Volke die gleiche Wirkung auslösen wird.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Die zuständigen preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern haben auf Grund der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerungen vom 23. Juli d. J. das Recht der Enteignung und Uebertragung des Eigentums auf eine andere Person nicht den Gemeinden, sondern den Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin dem Polizeipräsidenten, übertragen. Die Ausführungsanweisung der preußischen Minister liegt jetzt im Wortlaut vor. Es heißt darin:

Für das im § 1 der Bundesratsverordnung vorgesehene Verfahren der Uebertragung des Eigentums an Gegenständen des täglichen Bedarfs ist neben der Landeszentralbehörde der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident zuständig. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 2 und 3 der Verordnung (für die Festsetzung von Preisen und die Schlichtung von Streitigkeiten aus der Enteignung) ist der Regierungspräsident, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident. Die Möglichkeit der Uebertragung des Eigentums soll übermäßigen Preissteigerungen bei Gegenständen des täglichen Bedarfs und der Neigung entgegenwirken, solche Gegenstände in der Erwartung ungewöhnlicher Preissteigerung einstweilen dem Verkehr vorzuenthalten. Es liegt im allgemeinen Interesse, wenn das Enteignungsverfahren gegebenenfalls rücksichtslos angewendet wird. Die Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 bietet die Möglichkeit, Aufschluß darüber zu gewinnen, ob ein im Verkehr auftretender Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs durch eine spekulative Zurückhaltung verursacht ist.

Bei der Beurteilung der Frage, ob Gegenstände des täglichen Bedarfs über Gebühr zurückgehalten worden sind, wird häufig die Person des Eigentümers von Bedeutung sein. Sind die Gegenstände von dem Eigentümer in Ausübung seines Berufs zur Veräußerung erzeugt oder erworben, so werden die Voraussetzungen für die Enteignung insoweit nicht gegeben sein, als die Vorräte die Mengen nicht übersteigen, die im regelmäßigen Wirtschafts- und Geschäftsbetriebe zur allmählichen Versorgung der Markes erforderlich sind und erst nach und nach abgegeben zu werden pflegen. Diese Gesichtspunkte kommen im allgemeinen nicht in Betracht, wenn sich die Gegenstände, namentlich in größeren Mengen, in der Hand von Personen befinden, die sich vor Ausbruch des Krieges nicht mit ihrem Vertriebe befaßt haben. Der Zurückhaltung der Gegenstände ist es gleich zu achten, wenn sie den Verbrauchern und dem Handel nur zum Scheine oder zu übermäßigen Preisen oder unter Bedingungen angeboten werden, die das Angebot als nicht ernst gemeint erkennen lassen.

Der mit der Verordnung verfolgte Zweck verlangt, daß die zu enteignenden Gegenstände sobald wie möglich dem Verbrauch zugeführt haben. In der Regel werden daher in den Gemeinden ortsansässige Händler oder Konsumvereine, die bereit sind, den Absatz der Gegenstände zu bewirken, als Erwerber in Frage kommen. Ihnen ist die Verpflichtung aufzuerlegen, die Gegenstände unverzüglich zu einem von der enteignenden Behörde zu bestimmenden oder zu genehmigenden Preise an das Publikum abzugeben. Zur Einleitung des Verfahrens der Uebertragung des Eigentums ist ein Antrag nicht erforderlich. Die örtlichen Verwaltungsbehörden haben, sobald ihnen ein Fall bekannt wird, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen für die Enteignung gegeben sind, unverzüglich, nötigenfalls telegraphisch, die höhere Verwaltungsbehörde zu benachrichtigen und dabei möglichst eine Person zu bezeichnen, die bereit ist, die enteignenden Gegenstände zum Verkauf zu übernehmen. Vor dem Erlaß der Anordnung, durch die das Eigentum übertragen wird, ist der Besitzer der Gegenstände zu hören, falls ihm nicht bereits bei den Erhebungen über die Zulässigkeit der Enteignung Gelegenheit zur Aeußerung gegeben ist.

Der Uebernahmepreis ist, falls nicht etwa ein niedrigerer Höchstpreis besteht, in der Regel in Höhe des Einkaufspreises, bei selbsterzeugten Gegenständen in Höhe der Herstellungskosten festzusetzen. Sind die Gegenstände zu diesem Preise nicht verwendbar, so ist der Uebernahmepreis entsprechend niedriger festzusetzen. Dies gilt nicht für die nach dem 23. Juli 1915 aus dem Ausland eingeführten Gegenstände. Auf die Anhörung von Sachverständigen kann im Einverständnis mit dem bisherigen Besitzer der Gegenstände verzichtet werden. Die Fälligkeit des Uebernahmepreises ist bei der Festsetzung zu bestimmen. Kann der Uebernahmepreis nach Lage der Verhältnisse nicht sofort ermittelt werden, so ist eine angemessene, sofort fällige Abschlagszahlung festzusetzen. Die Uebertragung des Eigentums und die Zuführung der enteigneten Gegenstände an den Verbrauch dürfen dadurch nicht aufgehalten werden, daß die Festsetzung des Uebernahmepreises nicht sofort erfolgen kann. Die baren Auslagen des Verfahrens, insbesondere die den Sachverständigen zu gewährende Vergütung, sind in der Regel dem bisherigen Eigentümer der Gegenstände aufzuerlegen; sie können bei der Festsetzung des Uebernahmepreises berücksichtigt werden. Gebühren werden nicht erhoben.

Aus der Partei.

Zur Abstimmung über die Kriegskredite.

Eine Reihe Zuschriften aus dem Leserkreise wünscht eine genauere Mitteilung über die Kreditabstimmungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Wir kommen diesem Ersuchen nach Möglichkeit nach: Es stimmten in der Fraktion gegen die erste Kreditvorlage 14, gegen die zweite 17, gegen die dritte 23 und gegen die vierte Kriegskreditvorlage 36 Abgeordnete. Von diesen 36 stimmten am 20. August im Plenum 3 für die Vorlage, Liebknecht dagegen, 32 von ihnen befanden sich bei der Abstimmung außerhalb des Saales. Von diesen können wir folgende 29 Abgeordnete namhaft machen, die aus grundsätzlichen Bedenken sich aus dem Sitzungssaal vor der Abstimmung entfernt hatten: Albrecht, Antrick, Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Cohn (Nordhausen), Dittmann, Emmel, Erdmann, Fuchs, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Peirotes, Raute, Rühle, Schwartz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Der Streit um Haenisch.

In den letzten Tagen ist vielfach in der Parteipresse ein Artikel „Franktireur-Politik“ des Genossen Knoll, Vorsitzender des Steinsetzerverbandes und Mitglied der Generalkommission, abgedruckt worden, der scharfe Stellung gegen den Kreis Niederbarnim nimmt. In dem Artikel wird behauptet, in der Kreiskonferenz wurde „beschlossen, dem Landtagsabgeordneten Haenisch ein Mißtrauensvotum zu erteilen und ihn zu ersuchen, daraus die Konsequenzen zu ziehen.“ Genosse Knoll bezeichnete diesen Beschluß in milder Form als feige und hinterlistig, die richtigste Bezeichnung wär Franktireur-Politik. Er begründet diesen Vorwurf mit der Einberufung des Genossen Haenisch zum Militärdienst, dem also dadurch die Verteidigung abgeschnitten sei.

Dazu erhalten wir nun vom Vorstand des Kreises Niederbarnim folgende Erklärung:

Die am 22. August 1915 tagende Kreiskonferenz des Wahlkreises Niederbarnim hat mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution beschlossen: Das „Volksblatt für Anhalt“ bringt in seiner Nummer 190 vom Montag, den 16. August 1915, einen Leitartikel unter der Ueberschrift „Franktireur-Politik“. Parteiblätter und bürgerliche Zeitungen haben diesen mit Anwürfen gegen die Resolution des Vorstandes und der Kreiskonferenz Niederbarnim gespickten Artikel nachgedruckt. Verfasser des Artikels ist das Mitglied der Generalkommission Genosse Knoll aus Lichtenberg. In ihm stellt Genosse Knoll die wahrheitswidrige Behauptung auf, die Kreiskonferenz habe den Genossen Haenisch ersucht, die Konsequenzen zu ziehen. Die mit 27 gegen 11 Stimmen angenommene Resolution lautet in Wahrheit wörtlich: „In Nr. 126 des „Hamburger Echo“ stellt sich Genosse Haenisch auf den Standpunkt einer verblümten Annexionspolitik. Es lag nicht der geringste Grund vor, daß Genosse Haenisch zur Annexionspolitik Stellung nahm. Genosse Haenisch hat sich durch seine neueren Auslassungen in bewußten Widerspruch mit der Auffassung des Kreisvorstandes und der Kreiskonferenz Niederbarnims gesetzt.“

Das Urteil über das die Partei Schädigende und Zerrüttende des Knollschen Artikels überlassen wir den in Wahrheit für die Einheit und Geschlossenheit der Partei eintretenden Parteikreisen.“

Die Konferenz nahm sodann noch mit 40 gegen 8 Stimmen eine Resolution an, die sich mit der Kundgebung vom 9. Juni an den Parteivorstand und mit dem Aufruf der Genossen Bernstein, Haase und Kautsky einverstanden erklärt und die Wiederaufnahme der früheren Taktik der Partei verlangt.

Aus den Organisationen.

Der Zentralvorstand der Provinz Brandenburg nahm am Sonntag, den 22. August, Stellung zu der gemeinsamen Tagung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion. Der wiederum beschlossenen Bewilligung der Kriegskredite wurde einmütig zugestimmt, ebenso den Leitsätzen, die als Ausdruck des Willens der Mehrheit in der Frage der Kriegsziele angenommen wurden.

Außerdem wurde beschlossen:

Der Zentralvorstand hat von den fortgesetzten Treibereien Kenntnis genommen, durch die der Genosse Haenisch zur Niederlegung seines Abgeordnetenmandats für die Kreise Ober- und Niederbarnim gezwungen werden soll.

Durch einen Erfolg dieser Bemühungen würde auch der Bezirksverband der Provinz Brandenburg in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Zentralvorstand verurteilt deshalb die Bestrebungen, die einem Urteil des Parteitages über die von Haenisch mit der Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes vertretene Politik vorgreifen und ein Mandat, das auf Grund zentraler Verhandlungen, durch Mitwirkung der Parteigenossen in ganz Preußen erobert wurde, preisgeben. Ueber dieses Mandat haben nicht die Genossen von Niederbarnim allein zu entscheiden.

Der Zentralvorstand fordert deshalb den Genossen Haenisch auf, an seinem Mandat unbeirrt festzuhalten.

Die Genossen des Kreises Oberbarnim werden in besonderer Konferenz zu diesen Vorgängen Stellung nehmen.

*

Eine Vorständekonferenz des Wahlkreises Spandau-Potsdam-Osthavelland nahm nach langer Diskussion folgende Resolution an:

Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Mehrheit der Fraktion betreffs Bewilligung der Kriegskredite nicht einverstanden. Sie billigt die Haltung ihres Abgeordneten Genossen Dr. Liebknecht und ist mit seiner Tätigkeit einverstanden. Mit dem Protokoll der Vorstandssitzung der Provinz Brandenburg vom 3. Juli ist die Konferenz nicht einverstanden.

Die ersten beiden Teile der Resolution wurden mit 20 gegen 6 Stimmen, der letzte Teil mit 22 gegen 3 Stimmen angenommen.

Opfer des Weltkrieges.

Einen schweren Verlust erlitt unsere Lübecker Parteiorganisation. Genosse Eugen Rökel, der bis zu seiner Einberufung im Oktober tüchtige Arbeit als Jugendleiter geleistet hat, ist am 6. August bei Ostrolenka durch Rückenschuß gefallen. Er ist nur 23 Jahre alt geworden. Trotz seiner Jugend stand er in den vordersten Reihen und war — namentlich in der Jugendbewegung — auch außerhalb Lübecks, so in Kiel und Hamburg, bekannt und beliebt. Mit Fleiß und Feuereifer arbeitete er unermüdlich und fand nebenbei noch Zeit, sich in unseren theoretischen Schriften weiterzubilden. Man erwartete viel von ihm in der Zukunft. Die Lübecker Parteigenossen werden dem toten jungen Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren. Rökel war Metallarbeiter und stammte aus Leipzig.

Genosse Franz Unterhalt, der stellvertretende Geschäftsführer und verantwortliche Redakteur der „Danziger Volkswacht“, ist den Kämpfen um Warschau zum Opfer gefallen. Er hat nur ein Alter von 37 Jahren erreicht.

Parteipresse.

Zu einer Erhöhung des Abonnementspreises muß mit dem 1. Oktober d. J. auch die Elberfelder „Freie Presse“ greifen. Die Abonnenten in Elberfeld-Barmen haben von diesem Zeitpunkt an monatlich statt 60 Pf. 70 Pf. zu zahlen, die auswärtigen Abonnenten statt 70 Pf. 75 Pf. Die Frauen der Einberufenen sollen an Abonnement wie bisher 35 Pf. monatlich zahlen.

Aus Industrie und Handel.

Die kommende Kriegsanleihe.

Bürgerliche Blätter berichten:

Die Ausgabebedingungen für die dritte Kriegsanleihe stehen nunmehr im wesentlichen fest. In den Zeichnungseinladungen, die bereits in den nächsten Tagen ausgegeben werden, wird wiederum zur Zeichnung auf ein 5proz. Papier, und zwar wie bisher nebeneinander hergehend, auf Reichsanleihe und Reichsschatzanweisungen aufgefordert. Der Ausgabekurs wird mit 99 Proz. höher sein, als bei der letzten Anleihe. Der Gesamtbetrag der Zeichnung ist wiederum nach oben hin nicht begrenzt, so daß genau wie bei den früheren Anleihen die Zeichner darauf rechnen können, die gezeichneten Beträge voll zugeteilt zu erhalten. Uebrigens ist durch die neue Bewilligung eines 10-Milliarden-Kredits der Anleihezeichnung keineswegs eine Höchstgrenze gezogen, steht doch aus den früher bewilligten Krediten — zweimal je 5 Milliarden Mark, im August und im Dezember 1914, und 10 Milliarden Mark im März 1915 — ein Kredit von rund 6½ Milliarden Mark noch zur Verfügung, da bisher im Wege der Anleihe rund 13½ Milliarden Mark aufgebracht sind. Die Zeichner haben also wiederum vollständig freien Spielraum. Es erscheint auch dringend erwünscht, daß ein möglichst großer Anleiheerfolg erzielt wird, denn aus den eingehenden Summen müssen zunächst die bereits über den Betrag von 13½ Milliarden Mark hinaus vom Reiche eingegangenen Verpflichtungen eingelöst werden, und nur die danach verbleibende Summe steht für den neuen Kriegsbedarf zu Gebote. ... In erheblich größerem Umfange als bisher wird die Organisation ausgebaut werden, um das Zeichnungsgeschäft zu erleichtern. Insbesondere geschieht dies im Interesse der kleinen Zeichner. Nach dieser Richtung dürfte sich noch wirksamer als die Einrichtung von Zeichnungsstellen in sämtlichen Postanstalten des Reichs das Zugeständnis erweisen, daß bei den kleinen Zeichnungen von 1000 M. und darunter, für die bisher die sofortige Vollzahlung vorgeschrieben war, Teilzahlungen, und zwar bis zu Beträgen von 100 M. herab, zulässig sein sollen. Da diesmal nicht nur die Zeichnungsfrist ausgiebiger bemessen werden dürfte als bei der zweiten Kriegsanleihe, werden sich somit auch alle diejenigen an der Anleihe beteiligen können, die von ihren Einnahmen oder sonstigen Bezügen wenigstens Beträge von 100 M. oder ein Mehrfaches dieses Betrages im Laufe der Zeit erübrigen können. Selbstverständlich werden die Stücke der beiden ersten Kriegsanleihen ebenso wie die ihnen gleichgestellten staatlichen Werte zum Zwecke der Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe bis zu 75 Proz. von den Darlehnskassen beliehen. Schließlich ist wiederum auch denjenigen, die mit ganz kleinen Beträgen zu rechnen haben, die Beteiligung an der Anleihe ermöglicht, wenn, wie es bereits bei der zweiten Kriegsanleihe in mehreren Fällen mit bestem Erfolge geschehen ist, Arbeitgeber und Geschäftsinhaber die Beträge für die von ihren Angestellten und Arbeitern bewirkten Zeichnungen zunächst ihrerseits entrichten und die verauslagten Beträge durch Teilzahlungen in Gestalt von Abzügen von den Gehältern oder Löhnen wieder einziehen. (?)

Kriegsgewinne.

Die Rathenower Dampfmühlen-Akt.-Ges. vorm. C. Hübener Nachf., die vom Januar 1915 an ausschließlich für die Kriegsgetreide-Gesellschaft und für Behörden gegen Mahllohn arbeitete, kann für das zweite Geschäftsjahr 1914/15 ein sehr befriedigendes Ergebnis ausweisen. Der Gewinn auf General-Warenkonto stieg auf 794 593 (i. V. 382 572) M. Aus dem nach 119 321 (39 609) M. Abschreibungen verfügbaren Reingewinn von 386 800 (64 377) M. dienen 96 781 (3219) zum Auffüllen des Reservefonds auf 100 000 M. gleich 10 Proz. des Aktienkapitals, 3000 M. als Talonsteuer-Rücklage, 160 000 M. als 16 Prozent Dividende (i. V. 5 Proz.), 36 001 (6402) M. zu Tantiemen und Gratifikationen, 20 000 M. für Wohlfahrtszwecke, 71 018 (4756) M. als Vortrag.

Aus aller Welt.

Millionenerbschaft der Stadt Stuttgart. Die in Tutzing am Starnberger See verstorbene Gräfin Landsberg, geborene Hallberger, hat der Stadt Stuttgart testamentarisch einen großen Grundbesitz im Werte von einer Million Mark vermacht. Die Stadt hat dafür am Bodensee ein Kinderferienheim (Hallbergerhaus) zu errichten und zu unterhalten.

Fünf Personen bei einem Eisenbahnunglück getötet. Der Personenzug Nürnberg—Gräfenberg ist Sonntag vormittag zwischen Eschenau und Forth infolge eines Schienenbruchs entgleist. Einige Wagen stürzten um. Drei Männer und zwei Mädchen wurden getötet und eine Anzahl Personen verletzt.

Todessturz französischer Flieger. Dem „Temps“ zufolge stürzte am Sonnabend bei Etampes ein Flugzeug aus 50 Meter Höhe ab. Beide Insassen, die Flieger Potard und Casceu, wurden getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.